

Stenographisches Protokoll

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 29. Oktober 1953

Inhalt

1. Personalien

Entschuldigungen (S. 559)

2. Bundesregierung

- a) Zuschrift des Bundeskanzleramtes, betreffend die Spätheimkehreramnestie (S. 559)
- b) Zuschrift des Bundesministeriums für Unterricht, betreffend die Entschließung vom 8. Juli 1953 zur Urhebergesetznovelle 1953 (S. 559)

3. Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 44 bis 47 (S. 559)

4. Regierungsvorlagen

- a) Gewerbesteuerausgleichsgesetz (148 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 559)

b) 5. Arbeitslosenversicherungsgesetz-Novelle (149 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 559)

5. Verhandlungen

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1954 (141 d. B.)
Erste Lesung
Redner: Honner (S. 560), Slavik (S. 567), Dr. Kraus (S. 577) und Prinke (S. 582)
Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 593)

Eingebracht wurde

Antrag der Abgeordneten Probst, Proksch u. G., betreffend ein viertes Rückgabegesetz (48/A)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes,
Zweiter Präsident Böhm.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abg. Grießner, Pötsch, Scheibenreif, Strommer, Dr. Tončić, Olah, Mark, Jonas, Pölzer, Frömel, Truppe und Marianne Pollak.

Die eingelangten Anträge habe ich wie folgt zugewiesen:

44/A der Abg. Dr. Maleta und Genossen, betreffend eine Abänderung und Ergänzung der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 in der Fassung 1929 zum Zwecke der Einführung von Volksabstimmungen zur unmittelbaren Gesetzgebung durch das Volk, dem Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungsreform;

45/A der Abg. Dwořák und Genossen auf Erlassung eines Bundesgesetzes, betreffend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der weiteren Betriebsführung der privaten Schienenbahnen (Privatbahngesetz), dem Verkehrsausschuß;

46/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Abänderung des Bundesgesetzes vom 15. Oktober 1952, BGBl. Nr. 209, über die Voraussetzungen der Ausübung der Rechtsanwaltschaft durch Volksdeutsche und

47/A der Abg. Dr. Maleta, Dr. Pittermann und Genossen in der gleichen Sache dem Justizausschuß.

Eingelangt ist ein Schreiben des Bundeskanzleramtes, in dem dieses in Entsprechung

der vom Nationalrat in seiner Sitzung vom 8. Juli 1953 gefaßten Entschließung, betreffend die Spätheimkehreramnestie, die Abschrift einer an den Vorsitzenden des Alliierten Rates gerichteten Note mit der Bitte um Kenntnisnahme übermittelt. Die Note liegt in der Kanzlei zur Einsichtnahme auf.

Ferner ist ein Schreiben des Bundesministeriums für Unterricht eingelangt, in dem mitgeteilt wird, daß im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 8. Juli 1953 zur Urheberrechtsgesetznovelle 1953, betreffend Abschluß von Pauschalverträgen, der Staatskommissär bei der Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger der Entschließung entsprechend angewiesen worden ist.

Ich bitte den Schriftführer, Frau Abg. Jochmann, um Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, betreffend die Anwendung und Durchführung eines Gewerbesteuerausgleiches zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden (GewStAusglG.) (148 d. B.);

Bundesgesetz über die Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (5. Arbeitslosenversicherungsgesetz-Novelle) (149 d. B.).

Es werden zugewiesen:

148 dem Finanz- und Budgetausschuß;

149 dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

560 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1954** (141 d. B.).

Zum Wort gemeldet hat sich als Kontrahenter der Herr Abg. Honner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Honner: Sehr geehrte Damen und Herren! Lange bevor uns der Herr Finanzminister das von einer großen Rede begleitete Budget für das Jahr 1954 vorlegte, hat schon die Bevölkerung erfahren, was es bringen wird. Mit der Erhöhung der Autobustarife, der Verteuerung der Tabakwaren, der Steigerung der Personen- und Gütertarife der Eisenbahnen hat die Regierung ihren Willen bekundet, auch im kommenden Jahr dem Volke neue und drückende Lasten aufzuerlegen. Daß weder das Besatzungskostensteuergesetz verschwunden noch die Kriegslohnsteuer in einem nennenswerten Ausmaß herabgesetzt werden soll, ist ein Beweis mehr, daß die Regierung nicht daran denkt, ihre wiederholten Versprechungen auf eine wirksame Erleichterung der Steuern und sonstigen Lasten für die arbeitende Bevölkerung zu erfüllen.

Wie die breiten Massen unseres Volkes diese erwähnten Vorboten des Budgets 1954, die Tarif- und Steuererhöhungen, die Aufrechterhaltung der Besatzungskostensteuer und die angekündigte sogenannte Steuerreform eingeschätzt haben, bringen am besten die Beschlüsse zum Ausdruck, die in zahlreichen Arbeiterversammlungen gefaßt wurden und allen Fraktionen des Parlaments zugegangen sind. Ein Parlament, das Wert darauf legt, eine wirkliche Volksvertretung zu sein, darf jedoch die Stimme der arbeitenden Menschen nicht überhören, jener Menschen, die mit ihrer Energie und mit ihren Opfern all das aufgebaut haben, was heute an Stelle der Ruinen und Trümmer des Jahres 1945 in Österreich steht.

Der vom Finanzminister im Namen beider Regierungsparteien vorgelegte Budgetentwurf zeigt jedoch, daß die Regierungsparteien dem Wunsche der Arbeiter unseres Landes nach Verringerung ihrer Lasten und Sorgen nicht Rechnung tragen und, unbekümmert um die Wünsche der arbeitenden Menschen, an der Politik der Ausplünderung der werktätigen Massen weiter festhalten. Die Regierungsparteien versäumen keine Gelegenheit, den wirtschaftlichen Aufschwung, der sich seit 1945 vollzogen hat, als Resultat ihrer Leistungen hinzustellen. Daß aber das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser Leistungen den Arbeitern und den Angestellten, den Ingenieuren und Technikern, den Bauern, kurz dem arbeitenden Volk unseres Landes zukommt, daß es ihnen zu verdanken ist, daß

aus den Ruinen des Hitler-Krieges neues Leben hervorbrechen konnte, das wird in den seltensten Fällen erwähnt.

Die Warenproduktion und die Arbeitsproduktivität haben tatsächlich einen Stand erreicht, der sich sehen lassen kann und der über das Vorkriegsniveau beträchtlich hinausragt. Wenn man aber das feststellt, ergibt sich von selbst die Frage, wer denn davon den Nutzen hat. Etwa die Arbeiter, die Angestellten, die arbeitenden Menschen in Stadt und Dorf? Nein! Für die arbeitenden Menschen, für die werktätigen Schichten wird das Leben nicht schöner und nicht erträglicher, sondern immer freudloser, umgeben von Sorgen aller Art.

Während der Wert der Aktien, die auf der Börse gehandelt werden, sprunghaft in die Höhe steigt, sinkt der Wert der Löhne und Gehälter, die Kaufkraft der arbeitenden Menschen. Daraus ergibt sich der groteske Zustand, daß, während die Magazine und Geschäfte voll mit Waren sind, die arbeitenden Menschen immer weniger kaufen und ihr Anteil am Ertrag ihrer Arbeit ununterbrochen sinkt. (*Ruf bei der ÖVP: In Ostdeutschland!*) Das vorgelegte Budget wird diesen Zustand noch weiter verschlechtern.

In der Presse und in den Reden der Regierungskoalition werden diesem vorgelegten Budget jedoch nur gute Eigenschaften zugeschrieben. Die Sprecher der Sozialistischen Partei bewerten dieses Budget als einen Sieg der Prinzipien ihrer Partei über die Ziele und Auffassungen der Volkspartei und ihres Finanzministers Dr. Kamitz. Die Sprecher der Volkspartei behaupten hingegen mit größtem Eifer, ihre Partei und Dr. Kamitz seien es, die im Streit um die Aufstellung des Budgets den Sieg davongetragen haben.

Beide Regierungsparteien rühmen das vorliegende Budget als ein ausgeglichenes Budget, obwohl es im ordentlichen Haushalt ein Defizit von 665 Millionen Schilling aufweist und für die im außerordentlichen Haushalt eingesetzte Summe von 1054 Millionen Schilling erst noch die Bedeckung gefunden werden muß.

Beide rühmen sich der aktiven Handelsbilanz. Aber was haben wir davon, wenn uns ein großer Teil unseres Exportes nicht mit Geld oder Waren bezahlt, sondern als Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion angeschrieben wird? (*Abg. Dr. Tschadek: Nach dem Osten geht es ohne Guthaben!*)

Beide Regierungsparteien halten sich zugute, daß das hervorstechendste Merkmal dieses Budgets die strikte Anwendung des Grundsatzes größter Sparsamkeit bei der Verwendung von Staatsmitteln sei. Daß diese gerühmte

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 561

Sparsamkeit sich gegen die arbeitenden Menschen auswirkt, ist offenbar ohne jeden Belang. Wir wollen keineswegs bestreiten, daß die Staatsverwaltung, wenn auch nicht immer am richtigen Ort, sehr sparsam ist. Sie spart bei den Rentnern und Invaliden, sie spart bei den kleinen Angestellten des öffentlichen Dienstes, sie spart an den Ausgaben für Wohnungsbau, an den Ausgaben für Arbeiterschutz und Volksgesundheit; sie spart an den Schulen und Lehrern, bei den Ausgaben für Hochschulen und Kulturstätten, an den Zuwendungen für die Opfer von Naturkatastrophen. Sie spart überall dort, wo Sparsamkeit eine Sünde gegen das Volk, seine Gesundheit, gegen die heranwachsende Jugend und gegen die Wahrung des kulturellen Erbes unseres Landes ist.

Es ist leider eine Tatsache, daß das kleine Österreich bedeutende Guthaben im westlichen Ausland hat; dieses Guthaben beträgt bereits weit über 2 Milliarden Schilling, das heißt also, daß unser Land als einer der kleinsten Partner in der Europäischen Zahlungsunion heute großzügiger Kreditgeber von großen und kapitalstarken Ländern der sogenannten westlichen freien Welt geworden ist. (*Abg. Doktor Gredler: Was ist mit dem österreichischen Eigentum in den Satellitenstaaten?*) Diesem ungesunden Zustand verdanken wir es zum Teil, daß das Ausfuhrvolumen, von dem gestern der Finanzminister gesprochen hat, größer als unser Einfuhrvolumen ist.

Der Herr Finanzminister hat in seiner gestrigen Budgetrede besonderen Nachdruck auf die Ausgeglichenheit des Budgets gelegt, darauf, daß sich die Einnahmen und Ausgaben in diesem Budget beiläufig die Waage halten. Das Defizit von 665 Millionen Schilling, das ungefähr 3 Prozent des gesamten Staatshaushalt entspricht, wird als nicht besorgnis erregend bezeichnet, weil ja die Regierung heute schon weiß, auf welche Art und Weise und wo dieser Abgang durch Ersparnungen hereingebracht werden wird. Es kann jetzt schon mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß das Einsparen dieser 665 Millionen Schilling, sofern nicht jetzt schon ein Teil dieser Summe durch stille Reserven, die zweifellos im Budget vorhanden sind, gedeckt ist, wieder auf Kosten der arbeitenden Menschen unseres Landes gehen wird.

Der Herr Finanzminister hat gestern von der Notwendigkeit rigoroser Sparmaßnahmen bei den Ausgaben der Sozialversicherungsinstitute, beim Pensions- und Rentenaufwand gesprochen und dabei auf die bedrohliche Überalterung unserer Bevölkerung hingewiesen, die zu einem krassen Mißverhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten einerseits und der wachsenden Zahl von Pensionisten, Rentnern und Fürsorge-

empfängern anderseits geführt hat. Da man natürlich die alten Leute, die alten und arbeitsunfähigen Menschen nicht einfach umbringen kann, ist es selbstverständlich, daß für sie gesorgt werden muß, wenn sie aus eigenem nicht imstande sind, ihren Lebensaufwand zu bestreiten. Der Finanzminister wollte mit seiner Fragestellung offenbar andeuten, daß er gerade auf diesem Gebiet, bei den Ausgaben für diese Zwecke mit seinen Sparmaßnahmen einsetzen, beziehungsweise dort fortsetzen will, wo bereits begonnen worden ist.

Dr. Kamitz kritisierte in seiner gestrigen Rede auch, daß der Abbau von Staatsangestellten nicht in dem gewünschten Ausmaß und auch nicht rasch genug vor sich geht. Damit ist die Linie des Sparprogramms der Regierung eindeutig gegeben. Es soll gespart werden, so wie bisher, bei der Krankenversicherung und bei den Ausgaben für Pensionen und Renten, also auf Kosten der Ärmsten der arbeitenden Bevölkerung, an den Personalausgaben durch Entlassung von Staatsangestellten, an den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten, kurz überall dort, wo die Interessen der arbeitenden Menschen betroffen werden.

Die Regierungskoalition trachtet, den Staats haushalt in Ordnung zu bringen, indem sie den Haushalt der arbeitenden Menschen in noch größere Unordnung versetzt. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben, das ist der Traum jeder Hausfrau, der Traum eines jeden, der ein Geschäft, eine Wirtschaft, einen Haushalt zu führen hat. Aber was hat der Arbeiter, der Angestellte, der Pensionist, der Rentner, der kleine Gewerbetreibende und der kleine Bauer, der freiberuflich Tätige davon, wenn das Staatsbudget ausgeglichen ist, solange in seinem eigenen Budget, in seinem eigenen Haushalt die Einnahmen die notwendigsten Ausgaben nicht zu decken vermögen? Wir Abgeordnete der Volksopposition sind für ein ausgeglichenes Budget, aber für ein ausgeglichenes Budget jedes Haushalt des großen Massen unserer arbeitenden Bevölkerung und der kleinen steuer zahlenden Staatsbürger.

Aber um den Haushalt der arbeitenden Menschen, die mit ihrer Arbeit ja die Reichtümer unseres Landes schaffen, haben sich die Minister der Regierungskoalition bei der Aufstellung des Staatsbudgets für 1954 überhaupt nicht gekümmert. Das Volk beurteilt den Staatshaushalt jedoch nicht einfach nach den Ziffern des Finanzministers, sondern selbstverständlich auch nach dem Zustand seiner eigenen Finanzen. Eine Finanzpolitik, soll sie den Bedürfnissen des Volkes entsprechen, erfordert, daß das Lohnsackl des Arbeiters

562 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

und die Einkaufstasche der Hausfrau berücksichtigt werden. Mit vollem Recht hat erst kürzlich der sozialistische Betriebsratsobmann Dworak auf einer Konferenz seiner Partei festgestellt, daß bei allen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gesichtspunkt des Lohnsackls nicht vergessen werden darf. Aber beim vorliegenden Budget wurde dieser Gesichtspunkt nicht berücksichtigt, sondern ganz bewußt übersehen.

Die Forderung, daß bei der Festsetzung von Tarif- und Steuersätzen auch das Einkommen der arbeitenden Menschen berücksichtigt werden muß, ist umso gerechtfertigter, als der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt, also am gesamten Volksinkommen von Jahr zu Jahr sehr wesentlich gesunken ist. Trotz steigender Produktion und steigender Arbeitsproduktivität wird der Realwert der den Arbeitern und Angestellten ausbezahlten Löhne und Gehälter von Jahr zu Jahr empfindlich kleiner.

Gestützt auf die Angaben der amtlichen Statistik führe ich einige unwiderlegliche Beweise dafür an, die der breiten Öffentlichkeit unseres Landes leider noch viel zuwenig bekannt sind: Nach amtlichen Angaben ist die Arbeitsproduktivität im Durchschnitt von 1948 bis 1952 um rund 50 Prozent, also um die Hälfte gestiegen. Zur gleichen Zeit aber haben sich die Reallöhne, wie man aus den amtlich veröffentlichten Lebenshaltungskostenziffern und dem Index der Nettolöhne errechnen kann, folgendermaßen entwickelt: Der Reallohn eines kinderlosen Arbeiters ist heute um 13 Prozent niedriger als 1948 — ich spreche vom Reallohn —, bei einem Arbeiter mit Frau und Kind ist der Reallohn um 5 Prozent niedriger, und nur bei einem Arbeiter mit zwei Kindern, also bei einer vierköpfigen Familie, ist er durch die Kinderbeihilfe um 1 Prozent höher als 1948. Also selbst nach amtlichen Ziffern, die immer sehr zuungunsten der Arbeiter errechnet werden, stellt sich heraus, daß bei einer 50prozentigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Reallohn im günstigsten Fall nur um 1 Prozent höher ist.

Wohin also, so frage ich, sind die finanziellen Ergebnisse, ist der finanzielle Ertrag der Produktivitätssteigerung der Arbeiter gegangen? Natürlich in die Taschen der Unternehmer, in die Taschen des zwischen dem Konsumenten und Produzenten eingeschalteten räuberischen Zwischenhandels der Grossisten, in die Taschen der Kapitalisten! (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Aber das ist erst die eine Seite der Produktivitätssteigerung, die Verarmung der Arbeiter bei gleichzeitiger Bereicherung der Kapitalisten. Die andere ist, daß sich die Zahl

der Arbeitsplätze mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht, wie man immer sagte, erhöht hat, sondern umgekehrt, die Zahl der Arbeitsplätze sich verringert hat. Allein in den verstaatlichten Böhlerwerken in Kapfenberg hat die Produktivitätssteigerung in Verbindung mit den durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zum Abbau von rund 1400 Arbeitern und Angestellten geführt. Die Zahl der Opfer der Antreiberei, wie die Arbeiter die Produktivitätssteigerung auf gut deutsch nennen, ist auch in anderen Industriezweigen, besonders in der Textilindustrie, sehr groß. (Ruf bei der ÖVP: Stachanow!)

Man hat den Arbeitern eingeredet, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität Lohn erhöhungen und Preissenkungen ermöglicht. Die Tatsachen beweisen jedoch das Gegenteil: Trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität werden die Preise der importierten Waren erhöht und die Löhne gesenkt. Aber auch die Preise der im Inland erzeugten Waren sind in der letzten Woche merklich gestiegen. Tatsache ist, daß entgegen allen anderslautenden Behauptungen — auch der Herr Finanzminister hat eine Behauptung aufgestellt, die nicht zutrifft — sich seit Mai dieses Jahres die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie um rund 64 S pro Monat erhöht haben, ohne daß dafür ein entsprechender Lohnausgleich gegeben worden wäre. Die Produktivitätssteigerung hat also die Arbeiter und Angestellten nicht nur um ihren Anteil an dem höheren Ertrag ihrer Arbeit geprellt, sie hat auch die Arbeitslosigkeit verstärkt und sie hat auch zu keiner Preisherabsetzung, vor allem zu keiner fühlbaren Preisherabsetzung geführt. Seit der Schilling abwertung steigen vielmehr die Preise der importierten Waren ununterbrochen an, obwohl auf den Weltmärkten bei vielen Waren Preisstürze zu verzeichnen sind.

Solange die Arbeiter und Angestellten, alle arbeitenden Menschen am steigenden Ertrag ihrer Arbeit keinen oder keinen entsprechenden Anteil haben, solange die Steigerung ihrer Leistung, ihrer Arbeitsproduktivität sie der Gefahr aussetzt, den Arbeitsplatz zu verlieren, arbeitslos zu werden, solange die Produktivitätssteigerung nur zu einer Vermehrung des Profits der Unternehmer und Kapitalisten und gleichzeitig zu einer zunehmenden Vereindlung der Arbeiter führt, sind diese, wie man verstehen wird, an einer weiteren Produktivitätssteigerung nicht interessiert, an einer Produktivitätssteigerung, die ihnen, statt das Leben zu verbessern und ihre Arbeitsplätze zu sichern, den Arbeitsplatz nimmt und das Leben verschlechtert.

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 563

Wir leben in einem Land, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung von den Löhnen und Gehältern lebt, denn zu den zwei Millionen Beschäftigten, den zwei Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern müssen wir ja die Familien, die von ihnen erhalten werden müssen, rechnen. Dazu kommen die vielen hunderttausend Pensions- und Rentenempfänger, von denen gestern der Herr Finanzminister gesprochen hat. Aus diesem Grunde ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen eine Schlüsselfrage unserer Wirtschaft.

Wenn die Arbeiterfamilie mit dem Lohn nicht auskommt, so leiden darunter nicht nur die Kinder, die zuwenig Milch bekommen, und der Vater, der in alten und geflickten Schuhen und Hosen herumlaufen muß, sondern es leiden darunter auch der Kaufmann, der Gewerbetreibende und nicht zuletzt auch der Bauer, deren Hauptabnehmer ja die Arbeiter und die Angestellten sind. Was für den Milchverbrauch gilt, das gilt auch für den Verbrauch aller Industriewaren und der Erzeugnisse des Gewerbes. Es gibt heute schon keinen Zweig der Fertigwarenindustrie mehr, der nicht über zu geringe Umsätze gerade bei jenen Artikeln klagen würde, die für den Massenkonsum der Bevölkerung bestimmt sind.

Das sind alarmierende Zeichen einer sehr gefährlichen wirtschaftlichen Entwicklung, die nur die Folge des arbeiterfeindlichen Kurses der Regierung, die Folge ihrer volksfeindlichen Finanz- und Steuerpolitik ist. Die Sanierungs- und Stabilisierungspolitik der Regierung, die sich auf die Erfahrungen der sogenannten Seipel-Sanierung aus der Ersten Republik stützt, muß von der Arbeiterschaft mit wachsender Arbeitslosigkeit, von der ganzen werktätigen Bevölkerung mit zunehmenden Existenzschwierigkeiten bezahlt werden.

Finanzminister Dr. Kamitz sprach gestern in verklausulierter Form von der eventuellen Notwendigkeit einer Umschichtung des Verbrauches. Soll damit etwa gesagt sein, daß die Arbeiter und die Angestellten, die Pensionisten und Rentner, wenn sie mit ihren Löhnen und Gehältern, Pensionen und Renten nicht auskommen, auf den Konsum hochwertiger Nahrungsmittel verzichten und dafür mehr Kraut und Erdäpfel konsumieren sollen?

Die Wortführer der Regierungskoalition reden im Zusammenhang mit der wachsenden Arbeitslosigkeit zwar sehr viel von der Notwendigkeit eines systematischen Abbaues der Arbeitslosigkeit, um wieder zu einer Vollbeschäftigung zu kommen; aber die Maßnahmen, die von der Regierung getroffen werden und die auch in diesem Budget ent-

halten sind, bewirken das Gegenteil und müssen gerade das Gegenteil dessen bewirken, was die Wortführer der Regierungskoalition sagen.

Auf der kürzlich stattgefundenen sozialistischen Betriebsratsobmännerkonferenz für Wien und Niederösterreich hat Nationalrat Proksch die Lage auf dem Arbeitsmarkt behandelt und dabei angeführt, daß im September 1953 im Vergleich zum September 1951 die Arbeitslosigkeit im gesamtösterreichischen Durchschnitt um 93 Prozent gestiegen ist, sich also nahezu verdoppelt hat. Besonders kraß ist das Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Burgenland, das mit 403 Prozent gegenüber 1951 den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit aufweist, ferner in den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark. Nationalrat Proksch hat als vordringlichste Maßnahme gegenüber einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen ermöglichen soll, eine Erweiterung der Produktion zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und der Angestellten bezeichnet, die ja die Massen der Konsumenten sind. Eine Erweiterung der Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind jedoch nur möglich, wenn die mehr erzeugten Waren durch den Handel abgesetzt und verkauft werden können.

Daher müßte sowohl der Warenabsatz auf dem Binnenmarkt, das heißt im Inlande, und ebenso unser Warenexport in das Ausland wertmäßig, also nicht nur dem Volumen nach, gesteigert werden. Ein gesteigerter Warenumsatz auf dem Inlandsmarkt vor allem bei den Verbrauchsgütern ist jedoch nur dann möglich, wenn die Kaufkraft der Massen der konsumierenden Bevölkerung gehoben wird, was wiederum nur möglich wäre auf dem Wege einer Angleichung der zurückgebliebenen Löhne und Gehälter, Pensionen und Renten, des Einkommens der kleinen Leute an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung bei gleichzeitiger Herabsetzung der vielfach ungerechtfertigt hohen Preise, wie sie heute verlangt und bezahlt werden müssen.

Es ist eine Binsenwahrheit: Je weniger der Lohn wert ist, umso geringer ist seine Kaufkraft, umso kleiner ist der Markt für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes. (*Abg. Kandutsch: Also kein Klassenkampf!*) Statt dafür zu sorgen, daß der Arbeiter und Angestellte genug in sein Lohnsackl bekommt, um sich dafür etwas kaufen zu können, werden lieber um ein paar hundert Millionen Schilling mehr als Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen im Budget eingesetzt. Statt die Löhne und Gehälter

564 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

und damit die Kaufkraft der Massen, der Arbeiter und der Angestellten zu erhöhen, ist die Politik der Unternehmer und ihrer Regierung darauf gerichtet, die Gehälter und die Löhne, die Pensionen und Renten niedrig zu halten.

Der Herr Finanzminister hat gestern in seinem Exposé an die Arbeiter, an die Arbeitnehmer insgesamt appelliert und sie aufgefordert, Disziplin zu halten, womit er wohl gemeint hat, sie sollten trotz gesteigerter Lebenshaltungskosten auf Lohnerhöhungen verzichten. Der Herr Bundeskanzler Raab hat sich erst kürzlich im Rahmen der Lohnbewegung bei den Graphikern sehr scharf gegen jede Form einer Lohnerhöhung, gegen weitere Lohn- oder Gehaltserhöhungen ausgesprochen, weil solche angeblich die Stabilisierungspolitik der Regierung untergraben und die Gefahr einer Inflation wieder heraufbeschwören würden. Der Herr Bundeskanzler Raab hat vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Böhm sogar verlangt, die Gewerkschaften sollten von sich aus jeder Lohnerhöhungsforderung entgegentreten. Die vom Herrn Bundeskanzler vorgebrachten Argumente gegen Lohn- und Gehaltserhöhungen sind nicht neu. Sie sind uns bekannt aus der Ära der sogenannten Lohn- und Preispaarktpolitik, sie sind dabei immer wieder ins Treffen geführt worden und leider auch von vielen Gewerkschaftsführern dazu benutzt worden, um die Arbeiter von Forderungen zurückzuhalten, mit dem Resultat, daß sich der Lebensstandard der Arbeiter unausgesetzt verschlechterte, während die Profite der Unternehmer rapid angestiegen sind.

Warum appelliert man denn nicht auch an die Unternehmer, daß sie sich mit weniger Profit begnügen sollen? Wenn die Regierung oder zumindest ihr Oberhaupt gegen die Forderungen nach Lohnerhöhung einwendet, dadurch käme eine neue Preislawine ins Rollen, dann muß man demgegenüber feststellen: Durch die bereits beschlossenen und noch in Aussicht genommenen Tarif- und Steuererhöhungen wirkt die Regierung nicht nur selber preistreibend, sondern gibt damit auch allen übrigen Preistreibern das Signal zu einer neuen allgemeinen Preistreiberei.

Der Herr Finanzminister hat gestern die Unternehmer und Kaufleute aufgerufen, Preisdisziplin zu halten. Solche Appelle hat es in der Vergangenheit schon genug gegeben, und die Preise stiegen dennoch. Wie soll aber auch ein solcher Appell ernst genommen und beherzigt werden, wenn die Regierung selbst an der Spitze der Preistreiber steht und ihnen voranmarschiert! Statt zu verhindern, daß die Unternehmer — die durch die Steigerung

der Produktivität und an der Rüstungskonjunktur Riesenprofite einstecken konnten und schwer verdient haben — auch die kleinste Konjunkturschwankung immer wieder auf die Arbeiter abwälzen, geht die Regierung mit ihren schlechten Beispielen voran. Wenn die Regierung für einen Lohnstopp ist und dafür eintritt, warum dann nicht auch für einen Entlassungsstopp in den verstaatlichten und privatwirtschaftlichen Betrieben, warum dann nicht auch für einen Preis- und Steuerstopp, für einen Profitstopp der Kapitalisten?

Das Ergebnis der widerspruchsvollen Politik, der arbeiterfeindlichen Politik der Regierung und der von ihr geförderten kapitalistischen Kreise ist, daß die Schwierigkeiten des Warenabsatzes auf den Inlandsmärkten nicht kleiner, sondern größer werden, daß die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht, sondern weiter ansteigt. Die Regierung selbst rechnet auch für die Zukunft mit einer solchen Entwicklung. Finanzminister Dr. Kamitz schätzt die durchschnittliche Arbeitslosenzahl für 1954 mit mindestens 140.000 bis 150.000 ein gegenüber 90.000 vor zwei Jahren, und deshalb wurden ja auch die Budgetansätze für Arbeitslosenunterstützung erhöht. Uns scheint, daß eine solche Einschätzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im kommenden Jahr im Widerspruch steht zu der rosigen Perspektive, die der Herr Finanzminister in seinem gestrigen Exposé gegeben hat.

Die Maßnahmen zur Senkung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung werden auch damit begründet, daß die Löhne in Österreich deshalb niedriger sein müssen als anderswo, damit unsere Industrie und unser Handel auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Wie sieht es nun mit unserem Außenhandel aus? Wohl hat der Herr Finanzminister gestern mit Befriedigung festgestellt, daß unser Außenhandelsvolumen, gemessen an 1937, derzeit um 60 Prozent höher ist, wir glauben jedoch, daß nicht so sehr das Volumen die entscheidende Frage ist, sondern die Frage, wie das finanzielle, das wertmäßige Verhältnis unseres Außenhandels beschaffen ist. Und wenn man die Frage so stellt, dann kann man die Genugtuung des Herrn Finanzministers nicht teilen. Tatsächlich ist die Situation in unserem Außenhandel — obwohl wir seit einiger Zeit mehr ausführen als einführen und dadurch zu einer aktiven Handelsbilanz kommen — nicht befriedigend.

Wir haben unser Außenhandelspassivum zu einem erheblichen Teil deshalb abgebaut, weil wir die Wareneinfuhr gedrosselt haben. Aber in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gilt heute noch immer der alte Grundsatz: Ich kaufe bei dem,

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 565

der auch meine Waren abnimmt. Der Außenhandel vollzieht sich ja nicht bloß in der Form des Einkaufes und des Verkaufes, sondern auch in der Form des gegenseitigen Warenaustausches. Auf eine längere Perspektive gesehen muß die Verringerung unserer Einfuhr auch zu einer Verminderung unserer Ausfuhr und daher zu neuen Stockungen in unseren Außenhandelsbeziehungen führen. Wenn heute unsere Ausfuhr noch die Einfuhr übersteigt, so deshalb, weil nicht zuletzt auch durch die Kursveränderung des Schillings unsere Waren auf den Auslandsmärkten beträchtlich billiger geworden sind und weil wir uns damit abfinden, daß unsere ausländischen Geschäftspartner uns einen erheblichen Teil unserer Warenlieferungen schuldig bleiben.

Aber wir haben noch einen anderen Grund, mit dem Zustand unseres Außenhandels nicht zufrieden zu sein, und das sind eben die wertmäßigen Verhältnisse. Der Index der Importpreise liegt derzeit mit 972 um 273 Punkte höher als der Index der Ausfuhrpreise, das heißt also weit höher als noch vor kurzer Zeit. Das bedeutet, daß wir laufend billiger an das Ausland verkaufen und laufend teurer im Ausland einkaufen. (Abg. Dr. Pittermann: *Sogar gratis „verkaufen“ wir, Honner!*) Das Volumen steigt wohl bei einem solchen Zustand, aber der wertmäßige Ertrag sinkt. Ein Andauern dieses Zustandes müßte für unser Land die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zur Folge haben.

Der jetzige Zustand, daß wir hauptsächlich Rohstoffe, im besten Fall noch Halbfabrikate, also Waren, die wenig lohn- und arbeitsintensiv sind, ausführen und dabei obendrein noch einen beträchtlichen Teil des Erlöses auf die Bank der Europäischen Zahlungsunion legen, daß wir für gute Devisen Lebensmittel aus Amerika beziehen, ohne daß uns Amerika Fertigwaren abnimmt, dieser Zustand ist, auf die Dauer gesehen, unhaltbar. Das hat selbst der Herr Handelsminister Dr. Illig zugeben müssen.

Schließlich kommt noch dazu, daß die auf Wunsch der Amerikaner durchzuführende weitere Liberalisierung des Außenhandels in den Ländern der Europäischen Zahlungsunion uns nicht nur neue Konkurrenzschwierigkeiten auf den Auslandsmärkten, sondern auch noch eine steigende Auslandskonkurrenz auf dem Inlandsmarkt bringen wird. Eine solche Außenhandelspolitik kann keinesfalls zu einer Ausweitung unserer Produktionsmöglichkeiten und einer Ausweitung unserer Ausfuhr, sondern nur zu einer weiteren Einschränkung und damit zu einer weiteren Arbeitslosigkeit führen.

Eine Überwindung dieses auf die Dauer gesehen unerträglichen Zustandes, eines Zu-

standes, der unsere Wirtschaft schädigt, ist nur möglich durch eine radikale Änderung unserer Außenhandelspolitik, durch eine Abkehr von der einseitigen westlichen Orientierung, durch eine rasche Abkehr von der von den Amerikanern diktierten Boykottpolitik gegenüber dem Osthändel, durch den Abschluß von Handelsverträgen mit der Sowjetunion, mit dem großen China und mit den volksdemokratischen Ländern. Auch der Handelsminister Dr. Illig hat in einer längeren Stellungnahme, die er vor nicht langer Zeit der Presse übermittelte, diesen Standpunkt vertreten, nämlich den Standpunkt, daß auf alle Fälle alles unternommen werden muß, um den Osthändel zu beleben und zu besseren Handelsbeziehungen mit dem Osten Europas zu gelangen. (Abg. Krippner: *Die USIA verdient ja an dem Osthändel!*) Eine solche Politik würde unserem Außenhandel einen riesigen aufnahmefähigen Absatzmarkt eröffnen (Abg. Weikhart: *Wenn sie nur was zahlen würden dafür!*) und uns von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir stecken und die immer größer werden, befreien.

England und Frankreich, Schweden und Finnland, Dänemark und Holland haben ihren Handel und den Warenaustausch mit der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas ausgebaut. (Abg. Krippner: *Die sind ja auch nicht besetzt!*) Sie kümmern sich nicht darum, ob und welche Länder, ob und welche Waren auf den amerikanischen Verbotslisten stehen, und auch nicht um die weltanschaulichen Unterschiede zwischen den betreffenden Ländern. (Abg. Krippner: *Die haben auch keine Besatzung, die Engländer!*) Nur Österreich glaubt, es sich leisten zu können, auf den Handel mit Osteuropa zu verzichten. Wohl kann Osteuropa auf den Handel mit Österreich verzichten; es wird deswegen nicht zugrunde gehen, und es werden ihm deswegen keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwachsen. Aber Österreich braucht den Osthändel, wenn die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung keine Phrase bleiben soll. Österreich braucht den Osthändel, wenn es einer Wirtschaftskrise von katastrophalen Ausmaßen entgehen, ihr rechtzeitig begegnen und seine Warenproduktion nicht nur ausweiten, sondern auch zu sehr vorteilhaften Bedingungen, zu weit besseren Bedingungen als auf den westeuropäischen Märkten absetzen will.

Leider aber ist es so, daß in den beiden entscheidenden Fragen, die allein zur Wiederherstellung einer Vollbeschäftigung und damit zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung führen könnten, nämlich Erweiterung des Warenabsatzes im Inland durch Lohnnachziehungen und Preissenkungen und Ent-

566 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

faltung des Osthändels, die Regierung wieder — wie in vielen anderen Fällen — gegen das Volk steht und daß dementsprechend auch das vorgelegte Budget beschaffen ist. (Abg. Krippner: *Hinter euch steht das Volk?*)

Die Österreichische Volksopposition sieht der wirtschaftlichen Entwicklung, die dieses Budget andeutet — man rechnet doch mit steigender Arbeitslosigkeit, obwohl man von Vollbeschäftigung spricht —, mit der größten Besorgnis entgegen. Während wichtige Wirtschaftsmaßnahmen, die die Wahrung der Interessen des Volkes erfordern würden, in diesem Budget nicht berücksichtigt sind, zeigt es anderseits eindeutig die Absicht, die bestehende ungerechte Steuer- und sonstige Lastenverteilung zwischen Arbeitenden und Besitzenden nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch mehr zuungunsten der arbeitenden Menschen zu verschlechtern.

Seit dem Jahre 1945 hat sich das schreiende Mißverhältnis zwischen der Besteuerung der Arbeiter, Angestellten und der kleinen Leute einerseits und jener der Unternehmer und Kapitalisten anderseits immer mehr und mehr zuungunsten der arbeitenden Menschen verschoben. Der Arbeiter und Angestellte, der kleine Geschäftsmann, der kleine Gewerbetreibende und Bauer werden immer mehr ausgesackelt, damit die Profite und Steuer geschenke für die Großkapitalisten erhöht werden können. Die ganze Finanzkunst der Regierung besteht darin, immer neue Massensteuern zu erfinden, die bestehenden direkten und indirekten Steuern zu erhöhen und durch Tarif- und Gebührenerhöhungen, durch eine immer steigende Zollbelastung auch bei den notwendigen Lebensmittelimporteuren, zum Beispiel bei Eiern und Gemüse, die arbeitenden Menschen noch zusätzlich auszuwuchern. (Abg. Krippner: *Weil die USIA keine Steuern zahlt!*)

Die Abwälzung immer größerer Lasten auf die kleinen Steuerträger wird auch damit begründet, daß man die Substanz der Wirtschaft, die Substanz der Unternehmer schonen müsse. Aber um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Arbeiters, um die Schaffung der Voraussetzungen für die Führung eines anständigen, ausgeglichenen Arbeiterhaushaltes schert sich kein Teufel. Gehen Sie doch, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, hinaus in die entlegenen Täler zu den Bauern, vor allem zu den Gebirgsbauern, und überzeugen Sie sich wenigstens selbst von der grenzenlosen Not, von der diese Menschen umgeben sind! Suchen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, die Vorsimmer der Bezirksgerichte auf, damit Sie die massenhaften Versteigerungs- und Exekutions-

edikte sehen, die dort auf den Schwarzen Brettern angenagelt sind! Dann würden Sie ein Bild erhalten, das Ihnen zeigt, wie verheerend sich Ihre Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik auf die arbeitenden Menschen auswirkt.

Der Finanzminister hat gestern erklärt, daß in Fortsetzung der Stabilisierungspolitik der Regierung eine Reihe weiterer legistischer Maßnahmen in Vorbereitung sind. Konkret nannte er das Schillingeröffnungsbilanzgesetz, das zur Wiederherstellung der Bilanzwahrheit führen soll, wie er sagte, das Wertpapierbereinigungsgesetz, das Gesetz für die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Betriebe und das Steuerreformgesetz. Bei den drei ersten Gesetzen handelt es sich wieder um solche Gesetze, die dazu dienen sollen, den Kapitalisten neue Erleichterungen und neue Geschenke zuzuschanzen, die wieder in die hunderte Millionen Schilling gehen werden. Wenn aber die arbeitenden Menschen Forderungen an den Staat stellen, dann werden sie mit der Erklärung abgespeist, daß leider für die Erfüllung dieser Forderungen die notwendigen finanziellen Mittel nicht vorhanden sind. Steuergeschenke, Maßnahmen zur Steigerung des Profits auf der einen Seite, aber kein Geld für die armen Teufel, die die Werte unseres Landes schaffen und produzieren! Wir werden im kommenden Jahr gemäß den Verpflichtungen, die wir auf der internationalen Konferenz in Rom zur Regelung der Auslandsschulden eingegangen sind, mit der Rückzahlung ehemaliger Auslandsschulden, darunter auch sehr alter, beginnen müssen, deren Umfang mit ungefähr 18 Milliarden Schilling beziffert wird. Kein Mensch und kein Gesetz und kein internationales Recht, auf das man sich beruft, hätte uns dazu verpflichten können. Dafür ist Geld vorhanden, aber für die Steuernachlässe, für einen größeren Aufwand beim sozialen Wohnbau und beim Wohnhauswiederaufbau ist kein Geld da. Mehr noch: Im vorliegenden Budget sind sowohl die Ausgaben für den sozialen Wohnbau wie auch für den Wohnungswiederaufbau herabgesetzt statt erhöht worden.

Jetzt sagen uns die Regierungsparteien, daß ein Teil der Besatzungskostensteuer, obwohl die Bezahlung der Besatzungskosten mit Beginn des nächsten Jahres wegfallen wird, weiter aufrechtbleiben soll und daß ein Teil davon für zusätzliche Wohnbauten, wie man sagt, verwendet werden soll. Und was soll mit dem verbleibenden größeren Teil der Einnahmen aus der Besatzungskostensteuer dann geschehen? (Abg. Graf: *Abwarten!*) Es soll ja nur ein kleiner Teil des Ertrages dieser Steuer für Wohnbauzwecke ausgenutzt werden. Wofür dann also der größere Teil? Darauf hat

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 567

man in der Öffentlichkeit bereits die Antwort gegeben: Man spricht schon ganz offen darüber, daß der größte Teil der Besatzungskostensteuer für den raschen Wiederaufbau eines österreichischen Bundesheeres verwendet werden soll, den der Herr Staatssekretär Graf erst kürzlich in Wahlversammlungen seiner Partei gefordert hat. (*Abg. Graf: Sie sind als Tito-Partisan davon befreit!*) Also der Wiederaufbau eines Bundesheeres, das ist die vordringlichste Aufgabe dieser Regierung! Man sagt: Wir brauchen es, um unsere Grenzen zu verteidigen. In Wirklichkeit sind damit ganz andere Gedanken verbunden. Man weiß sehr wohl, daß beim Andauern des Regierungskurses und bei der Beibehaltung der bisherigen Regierungspolitik die Empörung, die aus dieser Politik entsteht, auf die Dauer mit betrügerischen Argumenten und mit Zusicherungen, die man immer wieder bricht, nicht unterbunden werden kann. Man will sich also für alle Fälle rüsten, und dazu soll das Bundesheer möglichst schnell aufgebaut werden, dafür soll die Besatzungskostensteuer Verwendung finden. (*Abg. Graf: Besser als der Werkschutz!*) Und das ist auch der Grund dafür, warum man diese Steuer beibehalten möchte.

Die Regierungsparteien haben wohl seinerzeit, als die Besatzungskostensteuer eingeführt wurde, versprochen, daß, wenn der Zweck dieser Steuer wegfallen wird, auch die Steuer selbst wieder verschwinden werde. Feierliche Erklärungen wurden von der Regierungskoalition in diesem Hause dazu abgegeben. Jetzt aber soll trotz aller Zusicherungen, obwohl der Zweck dieser Steuer weggefallen ist, die Steuer aufrechtbleiben. Das aber ist glatter Betrug an den Steuerzahldern. Die Regierungsparteien haben sich jedoch in ihrer ganzen Praxis schon so sehr daran gewöhnt, gegebene Versprechen nicht einzuhalten, daß sie an diesem neuen Betrug an den Steuerzahldern nichts Außergewöhnliches finden. (*Abg. Weikhart: Nur die Kommunisten halten zum Volk!*)

Im kommenden Jahr wird den Ländern und Gemeinden ein zusätzliches Notopfer von 125 Millionen Schilling auferlegt, sodaß sie für 1954 700 Millionen Schilling an die Staatskasse abzuführen haben. Diese neue Erhöhung werden wieder hauptsächlich die Gemeinden tragen müssen, weil sich ja, wie die Praxis wieder zeigt, auch die Länder für einen Einnahmenentgang an den Gemeinden schadlos halten. Daß durch eine solche Abgabenteilungspolitik die Gemeinden noch weniger ihre eigenen Verpflichtungen erfüllen können, interessiert offenbar die Regierungskoalition nicht im geringsten.

Laut offizieller Mitteilung hat der Herr Finanzminister in den Monaten Jänner bis

September dieses Jahres einen Steuerüberschuß von 1336 Millionen Schilling. Diesen Überschuß steckt der Staat ein, die Defizite der Finanzwirtschaft des Staates wälzt man aber immer wieder auf die Steuerzahler ab. Trotz des Steuerüberschusses müssen die Steuerzahler höhere Eisenbahn- und Autobustarife, höhere Preise für Tabakwaren zahlen, soll die Besatzungskostensteuer bleiben, sollen bestehende Steuern weiter erhöht werden.

Auf das Sonderkonto der verstaatlichten Betriebe und Banken wurden im Verlauf der Jahre viele, viele hunderte Millionen Schilling aus den Gewinnen eingezahlt. Warum zieht man denn nicht diese Gewinne heran, um den Betriebsabgang bei den Bundesbahnen, die ja ebenfalls ein staatliches Unternehmen sind, zu decken? Der Regierung und den Regierungsparteien scheint es viel wichtiger, daß diese vielen hundert Millionen Schilling den ehemaligen Aktionären der verstaatlichten Betriebe in die Tasche geschoben werden, jenen Leuten, die das in ihren Betrieben investierte Kapital schon längst aus den Arbeitern dieser Betriebe herausgeschunden und herausgepreßt haben.

Die Regierungsparteien sahen sich unter dem Druck des Massenprotests gegen die Tarif- und Tabakpreiserhöhungen gestern im Hauptausschuß gezwungen, einige kleine Erleichterungen zu beschließen, beziehungsweise ihre eigenen Vorschläge einer Revision zu unterziehen. Die dabei beantragte Ausgabe einer sogenannten Volkszigarette wird auf Wunsch des Finanzministers noch hinausgeschoben, weil man offenbar im Wienerwald erst den zur Herstellung nötigen Rohstoff dieser Volkszigarette sammeln muß. (*Abg. Dr. Gorbach: Über die USIA geliefert, Marke Wienerwald! — Heiterkeit.*)

Das von der Regierung vorgelegte Budget gibt allen Anlaß zur Unzufriedenheit und zu tiefstem Mißtrauen gegenüber der Regierung, die dieses Budget vertritt. Die Abgeordneten der Volksopposition werden bei der kommenden Spezialdebatte über die einzelnen Budgetkapitel sich nochmals eingehender mit den näheren Details dieses Budgets, mit der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung und selbstverständlich auch mit der Tätigkeit der einzelnen Ressortminister dieser Regierung befassen.

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet, und zwar als Proredner, der Herr Abg. Slavik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Slavik: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Budget selbst Stellung nehme, will ich doch einige der Äußerungen meines Vorredners, des Ver-

568 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

treters der Kommunistischen Partei, näher beleuchteten.

Vor allem war bemerkenswert, daß wir heute das erste Mal von einem Redner der Kommunistischen Partei eine Anerkennung der Aufbauerfolge in Österreich gehört haben. (Abg. Honner: *Das war keine Anerkennung der Regierungstätigkeit! Ich habe gesagt, wer das gemacht hat!*) Ich kann mich erinnern, daß noch vor ganz kurzer Zeit in der „Volksstimme“ zu lesen war, daß es in Österreich noch immer Ruinen gibt und daß nichts aufgebaut wird und daß wir keine Regierung des Aufbaus, sondern eine Regierung des Niedergangs und der Ruinen haben.

Wir dürfen uns darüber freuen, daß schließlich und endlich auch schon der letzte kleine Rest der Kommunisten daraufgekommen ist, daß doch in Österreich gebaut wird, und wir können daraus die Hoffnung schöpfen, daß sich die bisherige Entwicklung, die sich bei den Betriebsratswahlen und bei den Wahlen in Salzburg und Villach angebahnt hat, in der Zukunft in einem verstärkten Maße fortsetzen wird. (Zustimmung bei den Sozialisten. — Abg. Honner: *Hoffen könnt's ja!* — Abg. Dr. Pittermann: *Vom Herbstwind verweht!* — Heiterkeit.)

Der Vertreter der Kommunistischen Partei hat außerdem noch mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, daß auf Grund der Massenproteste, wie er erklärte, gestern im Hauptausschuß verschiedene Abänderungsvorschläge erstattet und auch angenommen wurden, die dahin gegangen sind, daß die Zigarettenpreiserhöhungen nicht im vorgesehenen Ausmaß durchgeführt werden.

Wenn ich daran denke, was mit Abgeordneten in den Volksdemokratien oder in der Sowjetunion gemacht würde, die es wagten, gegen Vorschläge ihrer Regierung oder ihrer Minister Abänderungsvorschläge einzubringen! Sie werden sich daran gewöhnen müssen, Herr Honner, und die Kommunisten überhaupt, daß wir bei uns im Parlament auch Vorschläge unserer Regierung und der Minister der österreichischen Bundesregierung einer kritischen Betrachtung unterziehen, und wenn die Abgeordneten der Meinung sind, daß Abänderungen zweckmäßig sind, werden sie solche Abänderungsvorschläge ohne die Kommunistische Partei, aus eigener Initiative heraus auch machen. (Abg. Honner: *Sie wollen Regierungspartei und Opposition spielen!* — Abg. Dr. Pittermann: *Das ist kein unlauterer Wettbewerb!*)

Der Vertreter der Kommunistischen Partei hat außerdem auch über die Produktionserhöhung beziehungsweise über die Produk-

tivitätssteigerung gesprochen. Es scheinen ihm nur einige Irrtümer unterlaufen zu sein. Er hat von einer Produktivitätssteigerung von 50 Prozent gesprochen und damit eine Produktionssteigerung gemeint. Aber solche kleinen Schnitzer können im Büro der Kommunistischen Partei schließlich passieren. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Er hat außerdem auch sehr viel über den Außenhandel gesprochen und hat uns vor allem empfohlen, an jene Länder zu verkaufen, die uns die Waren auch bezahlen können, und nicht an jene Länder, wo ein Teil unserer Erlöse, wie er behauptet, auf Guthaben gelegt werden.

Gestern ist im Hauptausschuß eine Beratung über Zollerleichterungen gewesen, und zwar über Antrag der Länder, die etwas liefern können. Auch die Ungarn haben solche Zollerleichterungen gewünscht, und wir können daraus ersehen, wie sich die Ungarn beiläufig die Zahlung österreichischer Waren vorstellen. Sie sind bereit, uns zu liefern: Pulpe in Fässern, Knoblauch, Tomatenkonserven in Fäschchen oder Fässern und Wein in Fässern. (Abg. Weikhart: *Der Knofel wär recht für die Kommunisten!* — Heiterkeit. — Abg. Koplenig: *Ihr stinkt auch ohne Knofel!* — Erneute Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Honner hat als Vertreter der Kommunistischen Partei erklärt, daß wir unsere Waren zu billig ins Ausland verkaufen. Es gibt wohl niemanden hier in diesem Haus, der nicht glücklich wäre, wenn wir höhere Erlöse für unsere Waren im Ausland erzielen könnten, aber es scheint dem Vertreter der Kommunistischen Partei entgangen zu sein, daß wir auf der anderen Seite sogar gratis unsere Waren verkaufen, beziehungsweise daß unsere österreichischen Waren gratis verkauft werden, ohne unsere Zustimmung. Ja es geht sogar so weit, daß wir unsere eigenen Waren, die uns gehören, von jemandem kaufen müssen, dem sie nicht gehören, und damit meine ich das österreichische Erdöl. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Man soll also ohne weiteres die Dinge kritisch betrachten, und wir Sozialisten betrachten auch alle Probleme sehr kritisch, nur haben wir den Mut, Ost und West gleich kritisch zu behandeln. Es würde uns sehr freuen, wenn ein Vertreter der Kommunistischen Partei wenigstens einmal im Verlaufe von acht Jahren den Mut gefunden hätte, auch nur ein Wort gegen den Osten, gegen die Ausbeutung durch die Volksdemokratien und durch die USIA-Betriebe zu finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Abg. Honner hat erklärt, daß die Regierung an der Spitze der Preistreiber

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 569

steht. Er hat das damit begründet, daß nun Tariferhöhungen notwendig geworden sind. Ja, es ist richtig, wir müssen einige Tarife erhöhen. Es ist richtig, wir müssen die derzeitigen Zigarettenpreise erhöhen. Aber der Herr Abg. Honner hat vergessen, dazu zuzagen, daß unsere Tarife im Vergleich zu allen anderen Preisen weit zurückgeblieben sind.

Ja, in der Sowjetunion, da geht das ganz anders. In der Sowjetunion macht man ein Budget, und die Kommunisten aus allen Ländern klatschen begeistert Beifall. Und so sieht das Budget für 1953 in der Sowjetunion eine Erhöhung der Staatseinnahmen um 907 Millionen Rubel vor. Dieser Mehrbetrag soll durch Umsatzsteuern und ähnliche Einnahmen gewonnen werden. (*Hört! Hört! — Rufe bei den Sozialisten.*) Wenn wir uns das Budget der Sowjetunion ansehen, dann werden wir daraufkommen, daß von einer Gesamtsumme von 530 Milliarden für das russische Budget allein 240 Milliarden, das sind 46 Prozent, durch die Umsatzsteuer aufgebracht werden, während die Direktbesteuerung in der Sowjetunion nur 46 Milliarden Rubel ausmacht. Wir sagen es ganz offen: Zu solchen Grundsätzen werden wir uns in Österreich nie bekennen (*Abg. Weikhart: Sehr richtig!* — *Abg. Koplenig: Habt ihr überhaupt Grundsätze?*), weil wir der Meinung sind, daß die Direktbesteuerung zwar nachgeprüft werden kann, aber gerecht ist. Und wir sind der Meinung, daß man Budgetpolitik und Steuerpolitik ehrlich und nicht verschleiert machen soll.

Wenn der Abg. Honner mit einer solchen Begeisterung für den Osthändel eintritt, dann darf ich ihm sagen: Wir haben eine Firma in Österreich, die vom Osthändel lebt. Es ist dies die Rehberger Schuhfabrik, die für den Osthändel arbeitet, wobei ich sagen möchte, daß die Rehberger Schuhfabrik keinen Knoblauch und Pulpe in Fässern zur Verfügung stellt, sondern die Rehberger Schuhfabrik stellt den Volksdemokratien Schuhe zur Verfügung. Das Ergebnis ist aber, daß dort bisher 72 Arbeiter abgebaut werden mußten und mit 31. Dezember weitere 25 Angestellte gekündigt wurden. Wenn der Erfolg des Osthändels so aussieht, dann können wir nur sagen: Auf Pulpe und Abbau können wir verzichten! (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Ich möchte zum Schluß noch sagen, daß sich der Vertreter der Kommunistischen Partei mit der Besatzungskostensteuer beschäftigt hat und schon im voraus dagegen polemisiert, daß etwa die Besatzungssteuer oder die Beträge, die daraus erübrigt werden könnten, für den Wohnbau verwendet werden. Ich

darf aber, Hohes Haus, daran erinnern, daß selbst die Kommunisten, die stets verneinten und gegen alles stimmten, bei der Zweckbestimmung eines Teiles der Besatzungskostensteuer für den Wohnhaus-Wiederaufbau dafür gestimmt haben. (*Abg. Koplenig: Wo sind die Überschüsse aus den Besatzungskosten? Wo sind die Wohnungen, die aus den Überschüssen der Besatzungskosten gebaut wurden?*)

Die Bundesregierung, meine Damen und Herren, hat uns gestern das Budget für das Jahr 1954 ... (*Abg. Koplenig: Wo sind die 400 Millionen Schilling?*) Das ist kein Grund, daß Sie sich so aufregen, Herr Abgeordneter Koplenig! (*Abg. Koplenig: Wo sind die Wohnungen aus den Überschüssen der Besatzungskosten?*) Sehen Sie, Ihr Vorredner hat das bereits anerkannt. (*Abg. Koplenig: Wo sind die 400 Millionen Schilling, die in diesem Jahr mehr eingenommen als bezahlt wurden? Wo ist das Geld? Das Volk wird betrogen und beschwindelt! 400 Millionen mehr! Wo sind sie hingekommen?* — *Abg. Dr. Pittermann: Wohnungen sind gebaut worden!* — *Weitere Zwischenrufe des Abg. Koplenig.*) Ich habe bisher noch nie bemerkt, Herr Abg. Koplenig, daß Sie blind und taub sind, sodaß Sie die vielen neu gebauten Häuser in Wien und in den Bundesländern bisher nicht bemerkt haben. (*Abg. Koplenig: Wo sind die 400 Millionen Schilling?*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. Koplenig! Ich würde Ihnen empfehlen, wenn Sie so etwas Wichtiges zu sagen haben, wie Sie hier betonen, doch herauzukommen, damit Sie die Verhandlungen nicht stören. (*Abg. Weikhart: Er ist der Verteidiger der russischen Besatzungsmacht!*) Ich bitte den Redner, fortzufahren.

Abg. Slavik (fortsetzend): Die Bundesregierung hat uns gestern das Budget für das Jahr 1954 vorgelegt. Wir sind uns bewußt, daß damit das österreichische Parlament wieder vor die große und schwierige Aufgabe gestellt wird, in ernsten und eingehenden Beratungen festzulegen, nach welchen Gesichtspunkten der österreichische Staatshaushalt im Jahre 1954 geführt werden soll. Wir haben die Verpflichtung, bei der Beratung des Haushaltes unsere Betrachtungen von den verschiedensten Gesichtspunkten aus anzustellen. Für uns darf das Budget nicht nur eine Zusammenfassung von Zahlen sein, sondern wir müssen hinter diesen Zahlen das pulsierende Leben der österreichischen Wirtschaft, die sozialen Bedürfnisse des österreichischen Volkes und die Beschäftigungs-

570 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

möglichkeiten für die arbeitenden Menschen in Stadt und Land sehen.

Das Budget unseres Staates muß aber nicht nur allen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben gerecht werden, sondern es muß nach Möglichkeit auch dazu dienen, einen sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten herbeizuführen. So haben wir zu überprüfen, ob die Einnahmen so erstellt wurden, daß der wirtschaftlich Stärkere auch tatsächlich die stärkere Belastung und der wirtschaftlich schwächere eine kleinere Belastung zu tragen hat. Wir müssen aber auch überprüfen, ob auf der Ausgabenseite die gleichen sozialen Grundsätze zur Anwendung kommen, und in diesem Zusammenhang haben wir auch zu prüfen, ob der Staat seine sozialen Verpflichtungen gegenüber der österreichischen Bevölkerung erfüllt. Genau so wichtig erscheint uns die Überprüfung des Budgets nach wirtschaftlichen Grundsätzen, wobei wir darauf zu achten haben, daß wir die Entwicklung unserer österreichischen Wirtschaft im kommenden Jahr möglichst genau abschätzen und bei der Erstellung des Budgets entsprechend berücksichtigen.

Die wichtigste Aufgabe, die unser Budget in seiner Gesamtheit zu erfüllen hat, ist, daß wir alles tun, um den Menschen in Stadt und Land eine Beschäftigungsmöglichkeit und damit ein gesichertes Einkommen zu garantieren. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

In diesem Zusammenhang müssen wir auch zur Frage der Existenzmöglichkeit unserer Länder und Gemeinden Stellung nehmen, deren Finanzkraft vom Bund sehr stark in Anspruch genommen wird. Wir wollen daher nicht nur das Budget in seiner derzeitigen Gestalt einer Prüfung unterziehen, sondern wir wollen auch versuchen, zu überlegen, ob nicht manches abzuändern oder zu verbessern wäre.

Bevor wir das vorliegende Budget nach allen Gesichtspunkten hin überprüfen können, müssen wir uns daran erinnern, welchen Weg wir bisher gegangen sind. Wir sind heute in einer viel glücklicheren Lage, als wir das in den ersten Jahren nach der Errichtung unserer Zweiten Republik gewesen sind. Es wäre falsch, wenn wir von der heutigen Grundlage aus alle Maßnahmen überprüfen wollten, die im Jahre 1945 und in den folgenden Jahren getroffen wurden.

Die beiden großen Parteien haben in gemeinsamer Arbeit und im Zusammenwirken mit dem allergrößten Teil unseres österreichischen Volkes einen Staat, der vollkommen zerrüttet war, wieder aufgebaut, einen Staat, in dem es Mangel an allen Dingen gab, die für das Volk unbedingt notwendig gewesen wären.

Wir haben eine vollkommen zerrüttete Wirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit unter den schwierigsten Bedingungen wieder arbeitsfähig gemacht, oft unter sehr unangenehmen Dreinredeversuchen anderer, die nicht dem österreichischen Volk verantwortlich sind. Wir glauben, daß das österreichische Volk und mit ihm aber auch das österreichische Parlament und die österreichische Regierung auf die geleistete Arbeit und diese großen Erfolge stolz sein dürfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn vor kurzem der Vergleich gemacht wurde, daß in der Koalitionsregierung die Österreichische Volkspartei der Mann ist und die Sozialistische Partei die Frau, die das Geld ausgibt, dann können wir heute nach acht Jahren Erfahrung sagen, daß der Mann leider zuwenig verdient hat und zuwenig Geld in die Ehe mitgebracht hat, daß die Frau aber das wenige ihr zur Verfügung gestellte Wirtschaftsgeld außerordentlich gut und wirksam angelegt hat. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien wurde manchmal getrübt, manche Probleme konnten nur nach sehr schwierigen Verhandlungen einer Kompromißlösung zugeführt werden.

Ernstlich gestört wurde die Zusammenarbeit aber erstmalig im Jahre 1952, wo es darum ging, ein Budget für das Jahr 1953 zu erstellen, das die Möglichkeit bieten sollte, den weiteren Aufbau unserer Wirtschaft und unseres Staates sicherzustellen. Für uns Sozialisten konnte es gar keinen Zweifel darüber geben, daß wir mit dem größten Teil der österreichischen Bevölkerung übereinstimmen, wenn wir das Hauptgewicht bei unseren Arbeiten und bei der Entwicklung der Wirtschaftspolitik darauf lenkten, daß alle Arbeitswilligen in unserem Land auch tatsächlich eine Beschäftigungsmöglichkeit finden. Wir vertreten diese Auffassung aus rein wirtschaftlichen Gründen, weil wir der Meinung sind, daß es sich ein Land, in dem noch immer Kriegszerstörungen zu beheben sind, ein Land, in dem noch die Naturschätze gehoben werden müssen, ein Land mit der kulturellen Bedeutung Österreichs nicht leisten kann, auf die Arbeitskraft zahlreicher Bürger zu verzichten. Wir vertreten die Vollbeschäftigung aber auch aus sozialpolitischen Gründen. Wenn wir unseren sozialen Aufgaben gerecht werden wollen, wenn wir unsere Invaliden, unsere Kranken und Alten nicht der Not preisgeben wollen, dann müssen genügend Hände fleißig arbeiten, um auch den von uns zu betreuenden sozial Bedürftigen mit ihrer Arbeit das Leben zu ermöglichen.

Nicht zuletzt stehen wir aber auch auf dem Standpunkt, daß die Frage der Vollbeschäfti-

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 571

gung eine eminent wichtige politische Angelegenheit ist. Wir wissen, daß es in Österreich eine Partei gibt — und wir hoffen, daß es nur eine ist —, die das größte Interesse daran hätte, das österreichische Volk in Not und Elend zu sehen, die ein Interesse daran hätte, daß es in Österreich möglichst viele Arbeitslose gibt. Unsere Aufgabe muß es sein, den Kommunisten die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Rücken der arbeitenden Menschen, gestützt auf die Arbeitslosigkeit, ihre dunklen Pläne in Österreich zu verfolgen und dem österreichischen Volke Not und Unfreiheit zu bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wenn wir die Freiheit Österreichs sichern und das österreichische Volk gegen die Kommunisten immunisieren wollen, dann müssen wir Verdienstmöglichkeiten schaffen, die die Existenz aller sichern können. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und WdU.*)

Die arbeitenden Menschen in Stadt und Land haben die politischen Gefahren erkannt, in die sie durch Arbeitslosigkeit gebracht werden könnten. Sie waren daher seit dem Jahre 1945 bereit, große Opfer auf sich zu nehmen. Dieser Opferbereitschaft ist es vor allem zuzuschreiben, daß sich unsere Wirtschaft aufwärtsentwickeln konnte, daß unser Staatswesen wiederaufgebaut werden konnte und daß wir eine österreichische Währung überhaupt schaffen konnten. Wenn wir diese Opferbereitschaft würdigen wollen, dann haben wir durch die Beschiebung des Budgets dafür zu sorgen, daß diese Opferbereitschaft belohnt und bedankt wird in der Form, daß wir durch die Sicherung der Vollbeschäftigung dazu beitragen, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht wurden.

Manchmal wäre es wünschenswert gewesen, wenn alle Kreise in Österreich in gleichem Maße bereit gewesen wären, Opfer zu bringen. Wir hätten uns manche unangenehme Auseinandersetzung innerhalb der Regierung und der Koalitionsparteien und innerhalb des Parlaments ersparen können.

Wenn wir uns heute an die Auseinandersetzungen des Jahres 1952 erinnern, die schließlich zur Ausschreibung von Neuwahlen geführt haben, dann wissen wir, daß die Frage der Vollbeschäftigung dabei die erste Rolle gespielt hat. Ebenso wichtig war uns die Sicherung der Renten. Wir Sozialisten erachten es als eine Verpflichtung des Staates, daß allen jenen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, dieser Lebensunterhalt von der Gemeinschaft gesichert wird. Wir erachten es als unsere Verpflichtung, daß allen jenen, die ein Leben lang für unseren Staat und für unsere gesamte Bevölkerung ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben,

ein gesicherter Lebensabend geboten wird. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Deshalb sind wir der Meinung, daß das Recht auf einen gesicherten Lebensabend nicht nur jenen zugute kommen soll, für die bereits das österreichische Parlament vorgesorgt hat, sondern daß wir auch noch an jenen Kreis denken müssen, der heute noch von der Altersversicherung ausgeschlossen ist. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Dabei handelt es sich um den Kreis der Freischaffenden und vor allem um unsere bäuerliche Bevölkerung. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Das dritte Problem, das zur Diskussion stand, war das Problem der Schaffung neuen Wohnraumes und der Wiederaufbau unserer zerstörten Wohnhäuser. Wenn wir von unserer Bevölkerung erwarten, daß sie qualitativ und quantitativ gute Arbeit leistet, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß jeder die Möglichkeit hat, nach getaner Arbeit in einer gesicherten Wohnung Ruhe und Entspannung zu finden.

Im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung und der Schaffung von Wohnungen stand auch die Frage des Bundespräzipiums der Länder und Gemeinden in Streit. Wir waren der Meinung, daß die Länder und Gemeinden nur in einem solchen Ausmaß zu Opfern für den Bundeshaushalt herangezogen werden können, welches ihnen ermöglicht, nicht nur auf dem Gebiete der Fürsorge und der Entlohnung, sondern auch auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit erfolgreich wirken zu können.

Wäre der Streit im Jahre 1952 auf einer rein sachlichen Ebene ausgetragen worden, hätten wir — davon können wir überzeugt sein — eine Einigung finden können. Leider sind in einer sehr unsachlichen und ich möchte sagen illoyalen Art alle Vorschläge der Sozialistischen Partei abgelehnt worden, sodaß man den Eindruck gewinnen mußte, daß eine Einigung nicht erstrebt wurde und nicht erwünscht war.

Die Sicherung der Renten, die Schaffung von neuem Wohnraum und die Sicherung der Vollbeschäftigung ist möglich, das beweist am besten das Budget für das Jahr 1954, ohne daß die österreichische Währung auch nur im geringsten gefährdet werden muß. Wir freuen uns feststellen zu können, daß bei den Beratungen über das Budget in der Bundesregierung die Vorschläge der Sozialistischen Partei in allen aufgezeigten Fragen eine weitgehende Berücksichtigung gefunden haben. Wir wollen daher auch dieses Budget von dem Gesichtspunkt aus betrachten, ob dem Willen der Wähler, die vielleicht erstmalig in der Geschichte Österreichs direkt zu Budgetfragen Stellung zu nehmen hatten, Rechnung getragen wurde.

572 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit doch die Vergleiche, die gestern bei der Vorlage des Budgets angestellt wurden, um einige Zahlen ergänzen. Wir erinnern uns, daß wir bis zum Jahre 1951 durchgehend eine an nähernde Vollbeschäftigung in Österreich zu verzeichnen hatten. Erst das Jahr 1952 mit dem Versuch, die Investitionstätigkeit des Bundes einzuschränken, hat uns eine beachtliche Arbeitslosenzahl gebracht. Im Jahr 1952 konnten nicht mehr so viele Menschen beschäftigt werden wie im Jahr 1951, und im Jahre 1952 hatten wir auch bereits eine höhere Arbeitslosigkeit als im Jahr 1951.

Der Herr Finanzminister hat gestern den Vergleich zwischen 1952 und 1953 gezogen. Und wir müssen feststellen, daß zum Beispiel im Februar 1952 in Österreich 1.872.136 Menschen beschäftigt waren, während im Februar 1953 nur mehr 1.799.437 Menschen Beschäftigung fanden. Es waren daher im Februar 1953 72.699 Menschen weniger in Beschäftigung als im Februar 1952. Mit den gleichen Stichtagen ist die Arbeitslosigkeit im Februar 1952 mit 215.103 und im Februar 1953 mit 280.126 festzustellen. Es hat sich daher eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 65.023 Menschen ergeben.

Ziehen wir den Vergleich mit dem Jahre 1951, dann sehen wir, daß der Unterschied noch wesentlich größer ist. Wir nehmen hier den September, der an sich verhältnismäßig günstig war, und müssen feststellen, daß wir im September 1953 129.000 Arbeitslose aufzuweisen hatten, im September 1951 waren es nur 68.000; wir haben also eine fast hundertprozentige Steigerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1951 zu verzeichnen, und auch die Beschäftigungszahl war im Jahre 1951 noch um 59.000 höher als im Jahre 1953.

Es könnte daher keinen ernsten Politiker in diesem Lande geben, der diese Entwicklung nicht mit Besorgnis verfolgt hätte, und man sollte annehmen, daß alle ein gemeinsames Interesse haben mußten, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Leider konnte nicht das Verständnis aller Beteiligten gefunden werden, und erst die österreichischen Wähler haben am 22. Februar dieses Jahres ihr Votum abgegeben und sich eindeutig für die Sicherung der Renten, für die Fortsetzung des Wohnungsbaues und für die Erreichung der Vollbeschäftigung ausgesprochen. Es ist und es war nur selbstverständlich, daß bei den Verhandlungen über das Budget 1954 dieser Volkswille seine Berücksichtigung finden mußte.

Der Herr Finanzminister hat, wenn auch in einer sehr verblümten und versteckten Form, die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Jahre

vorher kritisiert. Es war nicht genau zu entnehmen, welche Maßnahmen der Herr Finanzminister mit seiner Kritik gemeint hat. Ich möchte nicht annehmen, daß der Herr Finanzminister die in einer gewissen Entwicklung unseres Staates und unserer Wirtschaft notwendig gewesenen Lohn- und Preisabkommen im Auge hatte, weil ja unter diesen Lohn- und Preisabkommen die Unterschrift seines Chefs und heutigen Bundeskanzlers Raab gestanden ist und schließlich ja der Finanzminister selber einer der Experten bei diesen Verhandlungen gewesen ist und Gelegenheit hatte, dort in ausreichendem Maße seine Meinung darzulegen. Wir müssen aber auch feststellen, wenn der heutige Finanzminister vielleicht die Finanzpolitik seiner Vorgänger mit seiner Kritik gemeint hat, daß die Vorgänger des derzeitigen Finanzministers von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen und nominiert wurden und daß der unmittelbare Vorgänger des heutigen Finanzministers, der gleichfalls von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen und nominiert wurde, heute in einer für die Währung und für die Finanzpolitik Österreichs äußerst wichtigen Funktion, nämlich in der Funktion des Präsidenten der Nationalbank, steht. Wir wollen daher die Kritik des Finanzministers über die Vergangenheit nicht weiter untersuchen, weil wir ihn sonst vielleicht in innerparteiliche Schwierigkeiten bringen könnten. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Wir wollen aber klar feststellen, daß die Einschätzungen der Entwicklung im Jahre 1953 durch den Herrn Finanzminister grundfalsch waren und daß sich alle Schätzungen der Sozialisten als richtig erwiesen haben.

Der Streit bei der Budgeterstellung 1953 ist um rund 400 Millionen Schilling gegangen. Der Herr Finanzminister hat in seiner gestrigen Rede festgestellt, daß allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1953 um 647 Millionen Schilling mehr eingegangen sind, als im Vorschlag vorgesehen war. Wenn es eines Beweises bedurfte hätte, daß der Streit im Jahre 1952 vom Zaune gebrochen war, dann hat ihn gestern der Herr Finanzminister mit der Erwähnung dieses Ergebnisses der ersten neun Monate im Jahre 1953 erbracht! (Abg. Dengler: Der kluge Mann baut vor!)

Bei dieser Gelegenheit verdient auch die Entwicklung des Jahres 1952 erwähnt zu werden, von der der Herr Finanzminister festgestellt hat, daß Mindereinnahmen von 800 Millionen Schilling zu verzeichnen waren, die sich unter anderen durch Mindereinnahmen aus der Einkommensteuer von 176 Millionen, aus der Lohnsteuer von 86 Millionen, aus der Körperschaftsteuer von 30 Millionen, aus der

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 573

Warenumsatzsteuer von 286 Millionen und aus der Tabaksteuer von 34 Millionen Schilling ergeben haben. Der Herr Finanzminister hat weiter aufgezeigt, daß auf der Ausgabenseite im Jahre 1952 um 200 Millionen Schilling mehr an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußten, als im Voranschlag vorgesehen war.

Für jeden Kenner unserer österreichischen Wirtschaft und unserer österreichischen Finanzpolitik ist der Zusammenhang sofort ersichtlich. Selbstverständlich muß bei einer größeren Arbeitslosigkeit sofort das Steueraufkommen sinken. Leider hat der Herr Finanzminister es versäumt, zu sagen, wo er die Ursachen der vergrößerten Arbeitslosigkeit im Jahre 1952 sucht. Erst nach dem Versuch, die Finanzpolitik unseres Landes nach der deflationistischen Seite hin zu ändern, hatten wir den Anstieg unserer Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Und diese Entwicklung hängt unmittelbar mit dem Amtsantritt des heutigen Finanzministers zusammen. Nachdem sich der Herr Finanzminister im Verlaufe des Jahres 1953 durch Verhandlungen in der Regierung zu einer Änderung seiner Finanzpolitik gezwungen sah, können wir wieder eine rückläufige Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen feststellen.

Man sollte aus einer sachlichen Diskussion über verschiedene wirtschaftliche und soziale Probleme keine Währungsfrage machen. Wir konnten zu unserer Freude feststellen, daß die österreichische Bevölkerung zu ihrer Währung mehr Vertrauen hatte als manche Politiker, die geglaubt haben, mit dem Inflationsgespenst Wahlen gewinnen zu können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Wie leicht hätte durch das Gerede über die Inflation eine Käuferpanik entstehen können, wie wir sie in früheren Jahren in einem überreichen Ausmaß kennengelernt haben und die der Herr Finanzminister in seiner gestrigen Rede auf die immerwährenden Preissteigerungen zurückgeführt hat. Wir erinnern uns, wie leichtfertig noch vor Jahresfrist und auch während des Wahlkampfes die verschiedenen Zeitungen — nicht nur die der Kommunistischen Partei — über die Währungsfrage geschrieben haben. Wir erinnern uns aber auch, wie die anderen Probleme von der Presse der Österreichischen Volkspartei leichtfertig behandelt wurden. (Abg. Dengler: Siehe heutige „Arbeiter-Zeitung“!) Das „Kleine Volksblatt“ hat am 13. November 1952 geschrieben: „Rentenlüge der Sozialisten gründlich widerlegt“. (Ruf bei der ÖVP: Stimmt auch!) Was werden sich die Leser einer solchen fetten Überschrift im „Kleinen Volksblatt“ wohl heute denken, wenn der Herr Finanzminister und seine Partei nicht mehr der

Auffassung sind, daß der 25prozentige Staatszuschuß absolut genügend sei, um die Auszahlung der Renten zu sichern?

Im Budget 1954 sind nicht nur die von den Sozialisten geforderten 30 Prozent Rentenzuschuß enthalten — die 904 Millionen Schilling erfordert hätten —, sondern es hat sich herausgestellt, daß das Erfordernis mit 1046 Millionen Schilling angenommen werden kann. Wir sind überzeugt, daß die Auszahlung der Renten mit der nunmehrigen Regelung im Budget 1954 absolut gesichert erscheint. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Altenburger: Rentenklau ist kaputt!) Gott sei Dank, Herr Abg. Altenburger, haben wir den Rentenklau umgebracht und die Rentenauszahlung gesichert! (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang sollen aber auch einige Worte zur Überalterung unserer Bevölkerung gesagt werden. Die Gegenüberstellung von 1,440.000 Rentenempfängern und der Zahl von 2 Millionen Beschäftigten ergibt kein richtiges Bild, weil man der Auffassung sein könnte, daß diese 1,440.000 Rentenempfänger nur von der Rente leben müssen, während in dieser Zahl auch jene Rentenempfänger inbegriffen sind, vor allem die Opfer- und Invalidenrentner, die teilweise nur geringe Renten bekommen und einem Beruf nachgehen. Darüber hinaus scheint es uns nicht nur eine Verpflichtung der Lohn- und Gehaltsempfänger zu sein, zum Beispiel die Kriegs- und Invalidenrentner zu erhalten, sondern wir glauben, daß dies eine Aufgabe des ganzen österreichischen Volkes ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die Überalterung anlangt, möchten wir sagen, daß wir sehr stolz darauf sind, daß auf Grund der sozialpolitischen Maßnahmen, auf Grund der Tätigkeit unserer Sozialversicherungsinstitute und auf Grund der öffentlichen Gesundheits- und Fürsorgemaßnahmen ein höheres Lebensalter bei uns erzielt werden kann. Die Überalterung bedeutet ja nicht nur, daß wir mehr Menschen fürsorgerisch zu betreuen haben, sondern sie bedeutet in Wirklichkeit doch auch, daß die Menschen viel länger arbeitsfähig bleiben, als dies noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Wir wollen daher die Erreichung des höheren Lebensalters nicht dauernd feststellen, sondern als einen großen Erfolg der sozialen Betreuung der österreichischen Bevölkerung betrachten.

Wir können diese unsere Leistung auf sozialpolitischem Gebiet aber nur dann aufrechterhalten, wenn wir dafür sorgen, daß so viele Menschen als möglich in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Und damit kommen wir zur Frage der Investitions-

574 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

tätigkeit unseres Staates, unserer Länder und unserer Gemeinden. Wir wollen in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1952 gerade vom derzeitigen Herrn Finanzminister das Verlangen gestellt wurde, die langfristigen Investitionen einzustellen. Wir wollen daran erinnern, daß in einer gemeinsamen Konferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer nach einem Referat des Leitenden Sekretärs des Gewerkschaftsbundes, des Abg. Anton Proksch, ein Forderungsprogramm aufgestellt wurde, das der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollte. In diesem Forderungsprogramm wurde unter anderem verlangt, der Bund möge einen Kredit von 250 Millionen Schilling aufnehmen, um diesen Betrag zur Finanzierung von Investitionen zu verwenden und damit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Unter Punkt 4 dieser Forderungen wurde die Senkung der Bankrate verlangt. Diese, wie wir glauben, absolut berechtigten und guten Vorschläge wurden von der „Tageszeitung“, dem Organ der Österreichischen Volkspartei, am 16. Jänner 1953 sehr ungünstig aufgenommen. Unter der Überschrift „Gewerkschaftsbund auf dem Wege zur Inflation“ wurden diese Vorschläge aufs schärfste abgelehnt. Wir freuen uns, aus der gestrigen Rede des Herrn Finanzministers und aus der Budgeterstellung feststellen zu können, daß sich die österreichische Bundesregierung nunmehr in ihrer Gesamtheit für eine Verstärkung der Investitionstätigkeit einsetzt und daß der Herr Finanzminister bereit ist, Kreditoperationen in einem weit größeren Ausmaß, als es damals vom Gewerkschaftsbund vorgeschlagen wurde, durchzuführen.

Wir wollen auch anerkennend feststellen, daß in der Zwischenzeit die Bankrate entsprechend der Forderung der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes von fünf auf vier Prozent gesenkt wurde. Wir dürfen daher annehmen, daß die Österreichische Volkspartei heute nicht mehr zu den Äußerungen steht, die sie am 16. Jänner 1953 durch ihre Zeitung in die Öffentlichkeit gebracht hat. (Abg. Weikhart: *Es ist auch keine Wahl vor der Tür!*)

Selbstverständlich findet die Erweiterung der Investitionstätigkeit im Budget 1954 die Zustimmung der Sozialistischen Partei, weil wir glauben, daß damit ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung einer hohen Beschäftigungszahl geleistet wird. Es kommt nur mehr darauf an, die Investitionen in der richtigen Reihenfolge durchzuführen. Wir glauben, daß der Ausbau unserer Energiewirtschaft, daß die Elektrifizierung der Bundesbahnen für uns nicht nur aus Gründen der Arbeitsbeschaffung ein vordringliches Problem ist,

sondern wir sind der Meinung, daß alles unternommen werden muß, um Österreich möglichst weitgehend von der Einfuhr ausländischer Kohle unabhängig zu machen. Wir erinnern uns alle noch an den Winter 1949/50, in dem von den Volksdemokratien, von Polen und der Tschechoslowakei, der Versuch unternommen wurde, Österreich zu erpressen. Es war in diesen Ländern bekannt, daß Österreich dringend Kohle brauchte, und sie haben diesen Umstand weidlich dazu ausgenützt, die Kohlenpreise beträchtlich zu erhöhen. Wir wollen nicht mehr in solche Situationen kommen. Ich glaube daher, daß uns jede Tonne Kohle, die wir durch Strom ersetzen können, von solchen Erpressungsversuchen unabhängiger machen wird. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wir sind aber auch der Meinung, daß auf diesem Gebiet noch mehr zu machen ist. In vielen Ländern der Welt, insbesondere im Westen, hat die Elektrifizierung der Haushalte außerordentliche Fortschritte gemacht. Wir sollten uns vornehmen, auch auf diesem Gebiet alles zu tun, um unseren Rückstand aufzuholen und den österreichischen Hausfrauen auch die Annehmlichkeiten des elektrifizierten Haushaltes zu bringen. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir würden damit nicht nur die Arbeit der Hausfrau — insbesondere natürlich der berufstätigen Hausfrau — wesentlich erleichtern, sondern wir würden damit auch zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Nach unserer Auffassung sollten auch auf diesem Gebiet Kreditaktionen durchgeführt werden, um die Anschaffung von Elektro-Haushaltsgeräten zu ermöglichen oder zu erleichtern. Jede Million Schilling, die wir für Investitionen ausgeben, werden wir zu einem großen Teil in der Form von Steuern und Abgaben zurückbekommen und uns auf der anderen Seite auch bei der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung ersparen.

In dieses Kapitel gehört auch die Frage des Bundespräzipiums, das die Länder und Gemeinden zu leisten haben. Das Budget sieht ein Bundespräzipium in der Höhe von 700 Millionen Schilling vor, wir möchten aber daran erinnern, daß der Herr Finanzminister eine Beitragsleistung der Länder und Gemeinden in der Höhe von 1000 Millionen Schilling gefordert hatte. Wir dürfen uns darüber freuen, daß es bei den Verhandlungen — wenn sie auch schwierig und langwierig waren — zu einem Einvernehmen gekommen ist; wir wollen aber nicht verhehlen, daß uns schon ein Betrag von 700 Millionen Schilling als eine oberste Grenze erscheint. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: Genau so wie der Bund einen großen Teil seiner Ausgaben auf Grund gesetzlicher Bestimmungen leisten

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 575

muß und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der gesamten Ausgabensumme für Investitionszwecke erübrigt werden kann, haben auch die Länder und Gemeinden ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und nur der sich erübrigende Betrag, der sich gleichfalls im bescheidenen Rahmen hält, kann für eine Investitionstätigkeit herangezogen werden. Jede Million Schilling, die wir den Ländern und Gemeinden zur Unterstützung des Bundes wegnehmen, wird dem Investitionssektor in den Ländern und Gemeinden entzogen; die gesetzlichen Verpflichtungen müssen aber auch in den Gebietskörperschaften auf jeden Fall erfüllt werden.

Wir würden daher dem Herrn Finanzminister empfehlen, bei kommenden Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen, wobei wir nicht versäumen wollen, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß alle Steueränderungsvorschläge gleichfalls von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden müssen. Wir können nicht immer Steuererleichterungen auf Kosten der Länder und Gemeinden herbeiführen, wenn wir gleichzeitig Gefahr laufen, dadurch die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und wieder für Arbeitslosenunterstützungen wesentlich mehr ausgeben zu müssen.

Wenn wir von der Selbständigkeit der Länder und Gemeinden reden, dann müssen wir ihnen auch die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage hiezu geben, denn von einer formellen Selbständigkeit allein haben weder die Länder noch die Gemeinden etwas, wenn wir ihnen nicht gleichzeitig die Möglichkeit geben, auch selber initiativ zu sein und von sich aus, aus eigener Kraft, zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes beizutragen.

Die Budgeterstellung für das Jahr 1954 ist vielleicht auch deshalb etwas komplizierter und schwieriger, weil in der Zwischenzeit einige Maßnahmen durchgeführt wurden, die bei unseren Beratungen Berücksichtigung finden müssen. Die Kursvereinheitlichung hat der österreichischen Wirtschaft und damit dem österreichischen Staatshaushalt natürlich eine gewisse Belastung gebracht. Wenn der Finanzminister in seiner gestrigen Rede festgestellt hat, daß eine Schockwirkung ausblieb, und dabei den Dank an die Wirtschaft ausgesprochen hat, so wollen wir nicht versäumen, den Dank an die arbeitenden Menschen in Stadt und Land nachzuholen, die das größte Verständnis für diese Maßnahmen aufgebracht haben. So wie in den vergangenen schwierigen Jahren hat auch die Kursvereinheitlichung die beste Unterstützung in der Disziplin der arbeitenden Bevölkerung gefunden.

Die zweite Maßnahme, die notwendig wurde, war die Entnivellierung der Gehälter unserer Bundesangestellten und in diesem Zusammenhang auch die Entnivellierung der Gehälter der Angestellten in den Ländern und Gemeinden. Die Beamten der Gemeinden, der Länder und des Staates mußten in den Zeiten der Not wohl mit den unzulänglichsten Gehältern ihre verantwortungsvolle Arbeit verrichten. Wenn es nunmehr möglich geworden ist, durch die Entnivellierung zumindest die größten Härten zu beseitigen, dann wird dies unsere gesamte Bevölkerung und das Parlament selbstverständlich mit Freude zur Kenntnis nehmen, nach unserer Auffassung ist aber mit der nunmehr eingeleiteten Entnivellierung noch lange nicht alles getan, was notwendig wäre, um den Lebensstandard des österreichischen Volkes zu heben. Die Arbeiter und Angestellten wissen, daß sie bei einer allgemeinen Lohnerhöhung immer wieder auch mit Preiserhöhungen zu rechnen haben, sie wünschen daher auch keinen Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen. Wir glauben aber, daß es eine berechtigte Forderung der arbeitenden Menschen ist, wenn sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Preise überall dort gesenkt werden müssen, wo dazu eine Möglichkeit gegeben ist. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Insbesondere wollen wir darauf hinweisen, daß der Weg vom Produzenten zum Konsumenten in vielen Fällen ungebührlich verlängert wird und dadurch die Preise eine Steigerung erfahren, die schließlich die Konsumenten zu tragen haben. Wenn ein Appell des österreichischen Parlaments an die Wirtschaftstreibenden vielleicht fruchtlos ist, so mögen doch die österreichische Bundesregierung und vor allem die in der Wirtschaft tätigen Funktionäre dahin wirken, daß sich auch bei den österreichischen Wirtschaftstreibenden der Standpunkt durchsetzt, daß man nicht durch hohe Gewinne bei kleinen Umsätzen, sondern durch kleine Gewinne bei hohen Umsätzen viel besser und sicherer wirtschaften kann.

Wenn man verhindern will, daß Lohnerhöhungen eintreten, dann müssen die Preise herabgesetzt werden. Wenn man erreichen will, daß wir dauernd für alle Menschen in Österreich Arbeitsplätze zur Verfügung haben, dann muß dafür gesorgt werden, daß auch im Inland ein möglichst großer Umsatz erzielt wird.

Selbstverständlich können wir mit dem Inlandsbedarf allein noch nicht die Beschäftigung aller Menschen sichern, und deshalb muß es eine besondere Sorge der Bundesregierung und des Finanzministers sein, den Außenhandel möglichst weitgehend zu fördern.

576 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

-Wir meinen damit aber nicht, daß man alles nur von der finanziellen Seite her sehen darf, sondern vielleicht lassen sich auch durch organisatorische Maßnahmen und durch eine entsprechende Beobachtung der ausländischen Märkte neue Ausfuhrmöglichkeiten erschließen, die der österreichischen Bevölkerung Arbeitsplätze und dem österreichischen Staat wertvolle Devisen bringen können.

Ein Vergleich der Erfolge im Außenhandel mit dem Jahre 1937 ist für uns nicht entscheidend. Man kann nicht die Wirtschaft und den Außenhandel des Jahres 1937 mit der Wirtschaft und dem Außenhandel des Jahres 1953 vergleichen. Im Jahre 1937 — es war das die Zeit der Vaterländischen Front — gab es in Österreich eine halbe Million Arbeitslose und nur 1.300.000 Beschäftigte. Und wenn die Steigerung im Außenhandel gegenüber 1937 nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers 60 Prozent beträgt, dann müssen wir darauf verweisen, daß im Jahre 1953 auch um 50 Prozent mehr Menschen in der österreichischen Wirtschaft beschäftigt sind. Wir müssen alles daransetzen, um der außerordentlich scharfen Konkurrenz, die wir auf den Weltmärkten vorfinden, gewachsen zu sein. Dazu gehört auch, daß wir uns bemühen, unsere Produktionskosten herunterzusetzen. Aber nicht durch Antreiberei und nicht durch Lohndruck, sondern einzig und allein durch die Modernisierung unserer Produktionsstätten und durch den Einsatz moderner Maschinen und Geräte.

Um die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen, bzw. zu erleichtern, wird es notwendig sein, auch für private Investitionskredite günstige Bedingungen zu sichern und vor allem dahin zu wirken, daß Investitionskredite zu einem niedrigeren Zinsfuß als derzeit von den Banken zu erhalten sind. Wir glauben, daß die österreichischen Banken seit dem Jahre 1945 durch die Steuerbefreiung und durch besonders günstige Anlagemöglichkeiten auch die Voraussetzung geschaffen haben, nunmehr selbst etwas zum weiteren Aufbau unserer Wirtschaft beizutragen, wobei es zwei Möglichkeiten gibt: entweder die Großbanken zu einer Steuerleistung heranzuziehen oder sie zu veranlassen, den Zinsfuß für Investitionskredite zu senken. (Beifall bei der SPÖ.)

Und nun noch ein Wort zu dem Problem der Steuerreform und der Steuersenkung. Wir glauben, daß vor allem bei allen Äußerungen über Steuersenkungen und Steuerreformpläne äußerste Vorsicht am Platze ist. Es scheint uns unzweckmäßig zu sein, Hoffnungen in der österreichischen Bevölkerung zu erwecken, die dann schließlich nicht erfüllt werden

können. Von einer Steuersenkung kann sich der allergrößte Teil unserer Bevölkerung keine Hebung des Lebensstandards erwarten, weil der österreichische Staat nicht in der Lage ist, auf einen so großen Teil seiner Einnahmen zu verzichten.

Schon die Betrachtung des Budgets zeigt uns, daß wir eine Ausweitung um $2\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling vornehmen mußten. Aus dem Budget geht weiter hervor, daß wir in der ordentlichen Gebarung einen Abgang von 655 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt einen Abgang von 1054 Millionen Schilling haben. Vorerst muß es unser Bestreben sein, wenn wir alle Aufgaben erfüllen wollen, die wir uns in diesem Budget vornehmen, daß wir den Abgang von 655 Millionen Schilling decken und außerdem noch die Mittel für den außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 1054 Millionen Schilling aufbringen, gleichgültig, ob durch Kreditoperationen oder durch Mehreinnahmen.

Diese Aufgabe wird nicht sehr leicht zu lösen sein, und man soll dem österreichischen Volk keine Illusionen vormachen. Steuersenkungen auf Kosten einer größeren Arbeitslosigkeit könnte niemand in diesem Lande verantworten. Steuersenkungen können daher nur in einem Ausmaß durchgeführt werden, welches uns ermöglicht, gleichzeitig auch alle Verpflichtungen zu erfüllen und unsere Investitionstätigkeit in dem beabsichtigten Ausmaß durchzuführen.

Die Steuersenkungen und Steuerreformpläne werden sich daher in einem bescheidenen Rahmen bewegen, und wir wollen jetzt schon feststellen, daß wir dann vor allem an jene denken müssen, die am schwersten unter der Steuerlast zu leiden haben. Man wird uns nicht bereit finden, für kleine Steuererleichterungen des übergroßen Teiles der arbeitenden Menschen große Steuergeschenke den wenigen Reichen zu geben. Wir hoffen, daß wir hier mit der bürgerlichen Bevölkerung, mit den Arbeitern und Angestellten, mit den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, auch wenn sie nicht unsere Weltanschauung teilen, auf einer Linie stehen. Wir hoffen, daß wir in allen Parteien bei unseren Bestrebungen, Steuersenkungen vor allem dort durchzuführen, wo sie am notwendigsten erscheinen, Unterstützung finden.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Einleitungsreferat die Frage der Besatzungskostensteuer auf die Verhandlungen über die Steuerreform verwiesen. Wir ersehen aus dem Budget, daß die Besatzungskostensteuer mit einer Einnahme von 650 Millionen Schilling aufscheint. Wir freuen uns, daß wir im Jahre 1954 — so wollen wir zumindest hoffen —

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 577

keine direkten Besatzungskosten mehr zu tragen haben. Wir müssen aber damit rechnen, daß aus der Tatsache der Besetzung dem Staat auch weiterhin Verpflichtungen erwachsen werden, für die wir im Budget vorsorgen müssen. Wir haben schon bei einer früheren Gelegenheit einen Teil der Besatzungskostensteuer dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zugeführt. Wir glauben, daß das österreichische Volk sehr viel Verständnis dafür aufbringen wird, wenn wir den Vorschlag machen, die aus der Besatzungskostensteuer erübrigten Beträge für den Bau neuer und gesunder Wohnungen zu widmen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Wir hoffen, daß das Problem der Steuerreform auf einer sachlichen Ebene beraten werden kann, damit dem österreichischen Volk und dem österreichischen Staat nicht durch verfehlte Maßnahmen ein Schaden zugefügt wird, der viel größer als der Nutzen der Steuersenkungen für den einzelnen wäre.

Die Beratungen über das Budget 1954 haben gezeigt, daß man in ruhigen und sachlichen Verhandlungen zu einem Ergebnis kommen kann, das den Bedürfnissen des Staates sowie den Bedürfnissen unserer gesamten Bevölkerung entspricht. Das Budget 1954 ist selbstverständlich eine Kompromißlösung, die durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien zustandegekommen ist. Wir Sozialisten stellen mit Genugtuung fest, daß im wesentlichen den Forderungen nach einer Verstärkung der Investitionstätigkeit, nach einer Sicherung der Renten und nach einer Fortsetzung des Wohnungsbauens entsprochen wurde. Wir sehen in dem Budget eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung einer hohen Beschäftigungszahl, und wir sehen in diesem Budget 1954 die Verpflichtung des Staates, seinen sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Wir sind daher der Meinung, daß, den guten Willen von allen Seiten vorausgesetzt, dieses Budget den weiteren Aufstieg unserer Wirtschaft und den weiteren Aufbau unseres Staates fördern und unterstützen wird. Wir werden daher dem Voranschlag 1954 unsere Zustimmung geben. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Böhm (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Kraus zum Wort.

Abg. Dr. Kraus: Meine Damen und Herren! Die Neueinführung, daß die Abgeordneten erst 24 Stunden vor der ersten Lesung das Budget vorgelegt bekommen — eine Maßnahme, gegen die ich schon in der Präsidialsitzung protestiert habe —, gestattet es uns nicht, zu den Grundsätzen des Budgets selbst

schon endgültig Stellung zu nehmen. Ich will mich daher vornehmlich auf die gestrigen Ausführungen des Herrn Finanzministers konzentrieren.

Zunächst eine Bemerkung, wie diese Rede vom Parlament aufgenommen wurde. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Budget, welches uns die Regierung vorlegt, von beiden Koalitionsparteien dieser Regierung zu verantworten ist. Nun konnte aber jeder hier in diesem Saal feststellen, daß die zweite Regierungspartei — oder nach den Ausführungen meines Vorruders sage ich vielleicht besser die „Oppositionspartei in der Regierung“ (*Heiterkeit bei WdU und ÖVP*) — recht wenig Verantwortungsfreudigkeit an den Tag legte und wenig Lust zeigte, sich hinter dieses Budget zu stellen. (Abg. Machunze zur SPÖ: *Er hat euch erkannt!*) Die ganze sozialistische Fraktion hat sich bis zum Schluß sorgfältig jeden Beifalls enthalten, und der Herr Vizekanzler Schärf auf der Regierungsbank machte ein Gesicht, als ob die Rede des Finanzministers ein einziger Angriff gegen ihn und seine Partei wäre. (*Neuerliche Heiterkeit bei WdU und ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir finden, daß man, wenn man mit Anteil an den Vorteilen der Regierungsmacht hat, auch bereit sein muß, die Regierungspolitik mitzuverantworten. Oder will diese Partei neuerlich auf der einen Seite Opposition spielen und auf der anderen Seite den Vorteil genießen, Wohnungen, Posten und tausenderlei andere Dinge vergeben zu können, um dem Mitgliederstand der SPÖ etwas aufzuhelfen zu können? (Abg. Weikart: *Deshalb verliert der VdU von Wahl zu Wahl!*)

Vielleicht war es der erste Teil der Rede des Finanzministers — ich meine den historischen Rückblick auf die frühere Regierungspolitik —, welcher die SPÖ so sehr verstimmt hat. Der Finanzminister hat es verstanden, die vergangene Periode der Lohn-Preisabkommen in einem so düsteren Licht darzustellen, daß sich die Erfolge seiner Finanzpolitik als glanzvolle Leistung dagegen abhoben. Minister Kamitz ist so weit gegangen, daß er von einer systematischen Inflationspolitik sprach und Ausdrücke gebrauchte, welche noch vor zwei Jahren, als wir sie gebrauchten, als ketzerisch und aufwieglerisch bezeichnet wurden. (*Zustimmung bei der WdU.*) Der Unterschied zwischen ihm und uns bestand bloß darin, daß wir diese Kritik zu einem Zeitpunkt vorbrachten, als es noch möglich war, dem Unsinn der Lohn-Preisabkommen und der Inflationierung entgegenzuwirken. (Abg. Hartleb: *Ihr habt eure Gesinnung gemodelt!* — *Gegenrufe und*

578 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Heiterkeit bei den Sozialisten.) Was gestern von der ganzen ÖVP beklatscht wurde, beweist also, daß wir damals recht und die Koalitionsparteien unrecht gehabt haben. (Abg. Weikhart: *Nur die Wähler wollen es nicht verstehen! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Darauf werden wir noch zurückkommen. Die 7000 Stimmen, welche die SPÖ in Tirol verloren hat, geben Ihnen keine Berechtigung zu diesem Zwischenruf. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Die außerordentliche rhetorische Geschicklichkeit des Finanzministers ging so weit, daß er es verstand, hinter den zwei Erfolgen seiner Finanzpolitik — Devisenbestand und Bankliquidität — alle Inkonsistenzen seines Budgets zu verbergen.

Ich will mit dieser Bemerkung die anerkennenswerte Leistung des Finanzministers auf dem Gebiete der Schilling-Stabilisierung keineswegs schmälen. Wir denken nicht daran, irgendwelche Erfolge der Regierungspolitik, die tatsächlich eingetreten sind, irgendwie zu bestreiten. Aber wir können auch nicht unsere Aufgabe der Kritik und des ständigen Mahnens vernachlässigen. Wir müssen vor allem darauf hinweisen, daß die Stabilisierung unserer Währung nicht zu einem Selbstzweck werden darf, denn sonst landen wir in einem Zustand, den uns einmal ein gewisser Minister Kienböck beschert hat. (Zustimmung bei der WdU. — Abg. Dr. Pittermann: *Nun sind Sie auf unserer Linie, Herr Dr. Kraus!*) Vielleicht noch ein paarmal heute, Herr Dr. Pittermann! (Abg. Dr. Pittermann: *Wir werden es ertragen!*)

Es ist unsere Pflicht, auch darauf hinzuweisen, daß diese Stabilisierung mit einer gewissen Schrumpfung des gesamten Wirtschaftsprozesses erkauft wurde. Das zeigen die eben veröffentlichten Ziffern des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die Investitionssumme, die österreichische Gesamtproduktion und das Volkseinkommen, und das zeigt sich auch im Budget selbst, wo der Herr Finanzminister die Eingänge der Warenumsatzsteuer um eine halbe Milliarde niedriger angesetzt hat.

Wir sind uns wohl bewußt, daß jede Stabilisierung mit einer gewissen Wirtschaftsschrumpfung und einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit erkauft werden muß. Aber dies darf immer nur eine vorübergehende Erscheinung sein, und damit sie nur eine vorübergehende Erscheinung bleibt, ist es notwendig, zur gleichen Zeit eine ganze Fülle von anderen Maßnahmen zu treffen, Maßnahmen, die die Gesamtproduktion unseres Landes erhöhen.

Aber wo bleiben die dafür notwendigen Voraussetzungen? Was ist geschehen und was

ist in unserem Budget vorgesehen, um jene langfristigen Kredite zu mobilisieren, welche unseren Produktionsapparat vergrößern, welche unsere Industrie ausweiten könnten? Was ist geschehen, um jene Steuern zu ermäßigen, von denen der Finanzminister selbst sagt, daß sie jeden Leistungswillen ertöten? Was ist vorgesehen, um die Landwirtschaft zu mechanisieren, um sie leistungsfähiger zu machen, jenen Wirtschaftszweig, der ein Drittel aller Berufstätigen Österreichs stellt, aber nur 15 Prozent des österreichischen Nationaleinkommens bezieht? (Zustimmung bei der WdU.) Was ist geschehen, um zunächst einmal ausländische Kapitalsinvestitionen zu veranlassen, solange wir nicht genügend eigene Investitionen aufbringen können? Der Finanzminister hat alle diese Dinge erwähnt, aber er hat uns nicht die Gesetze vorgelegt, die das alles einleiten sollen, und er hat diese Politik vor allem in keiner Weise in seinem Budget verankert.

Was wir brauchen, ist eine Festigung und Ausweitung jener Betriebe, in denen es ständige Arbeitsplätze gibt. Die öffentlichen Aufträge für Autobahnen, Kraftwerke usw. sind sehr schön, geben uns aber nicht die erforderliche dauerhafte Sicherheit des Arbeitsplatzes. Gerade Minister Kamitz ist es gewesen, der stets davon gesprochen hat, daß zunächst die sogenannte konsumnahe Güterindustrie gefördert werden soll. Die einseitige Ausrichtung auf Autobahn und ähnliche öffentliche Großinvestitionen ist also schon einmal eine gewisse Inkonsistenz seines neuen Budgets.

Die größte Inkonsistenz aber ist es, daß einer der fundamentalsten Grundsätze der sogenannten Raab-Kamitz-Linie, nämlich daß jede Mehrbelastung vermieden werden wird, nun doch nicht eingehalten wurde. (Zustimmung bei der WdU.) Es kommt auf dasselbe hinaus, ob die Mehrbelastung durch Steuererhöhungen oder Tariferhöhungen entsteht. Sowohl die produzierende Wirtschaft wie die konsumierende Bevölkerung hat nun doch sehr fühlbare zusätzliche Lasten zu tragen, da man in diesem Budget ganz wesentliche Tariferhöhungen bei Bahn und Post und Preiserhöhungen bei den Zigaretten und Zigarren vorgenommen hat. Wir lehnen diese Maßnahmen auf das schärfste ab.

Eine weitere Inkonsistenz ist es, daß sich in dem ganzen Budget nichts von den versprochenen Steuersenkungen findet. Sowohl bei der Regierungserklärung als auch in den Wahlreden der ÖVP hieß es immer wieder, daß die jeden Leistungswillen ertötende Steuerprogression ermäßigt werden soll. (Abg. Dengler: *Wird schon kommen!*) Nun

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 579

ist das nach monatelangen Verhandlungen zustandegekommene Budget wieder auf den alten Steuersätzen aufgebaut. Will man denn zuerst mit dem alten System budgetieren und dann erst die Steuern herabsetzen? In einem solchen Fall kommt ja der ganze Rechnungsplan aus dem Gleichgewicht und das Budget wird zu einer Farce. Oder waren die ganzen Versprechungen nicht ernst gemeint?

Was wir gestern hören wollten, war eine bindende Zusage darüber, wann und wie die Steuern ermäßigt werden sollen! Denn das ist einer jener erwähnten entscheidenden Schritte, die jetzt nach der Schillingstabilisierung zu erfolgen haben, damit die Arbeitslosigkeit aufhört, damit neue Investitionen möglich werden. Sollte bei der ÖVP der ernste Wille bestehen, die dazu gegebenen Versprechungen zu erfüllen, so kann ich jedenfalls im Namen meiner Fraktion erklären, daß sie die dafür erforderliche Parlamentsmehrheit finden wird. Das betrifft sowohl die Lohn- und Einkommensteuer als auch eine eventuelle Ermäßigung der Gewerbesteuer. (Zwischenrufe.) Die Ausführungen meines Vorredners lassen mir diese Erklärung besonders wichtig erscheinen.

Diese Unklarheit des Budgets wird noch durch eine weitere Unklarheit verstärkt. Das ordentliche Budget weist ein Defizit von rund 660 Millionen Schilling auf. Daneben gibt es noch ein außerordentliches Budget von einer Milliarde Schilling, das außer durch eventuelle Kredite durch nichts anderes als durch sogenannte Einsparungen im ordentlichen Budget gedeckt werden soll. Während der frühere Finanzminister Dr. Margarétha in seiner letzten Budgetrede voll Stolz erklärt hat, daß es ihm gelungen sei, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen — einige Monate später hat sich zwar ein Loch von 2 Milliarden Schilling herausgestellt —, scheint dem jetzigen Finanzminister die Unausgeglichenheiten seines Budgets wenig Sorge zu machen. Er hat sich sehr geschickt aus der Affäre gezogen, indem er, statt von einem ausgeglichenen Budget zu sprechen, einen neuen Begriff prägte, nämlich den Begriff des „ordentlichen Budgetierens“. Ich habe das Gefühl, daß der Herr Minister Kamitz darunter eine gewisse grundsätzliche Elastizität seiner späteren Gebarung versteht, jene Elastizität, an die er sich durch die langen Budgetprovisorien der letzten eineinhalb Jahre gewöhnt hat und die ihm zweifellos nicht unsympathisch gewesen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Scheuch: Sehr gut!) Wir wollen daran keine längeren verfassungsrechtlichen Erörterungen knüpfen und versprechen auch, mit unserer diesbezüglichen Kritik zurückhaltend zu sein, allerdings nur unter einer

Voraussetzung, daß nämlich diese Elastizität dazu benutzt wird, die versprochenen Steuerermäßigungen unterzubringen. (Beifall bei den Unabhängigen. — Abg. Dr. Pittermann zum Finanzminister: Ein Glück, daß Sie den Herrn Dr. Kraus haben, Herr Minister!)

Und hier gibt es ein sehr wichtiges Anliegen der gesamten Bevölkerung, auf welches der Herr Finanzminister gestern so gut wie gar nicht eingegangen ist, obwohl ihm die Dringlichkeit des Anliegens sicherlich bewußt ist: ich meine die sogenannten Besatzungskostenbeiträge. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, daß sämtliche Besatzungsmächte auf die Besatzungskosten verzichtet haben. Nun finden wir in dem neuen Budget dieselben 650 Millionen Schilling Besatzungskostenbeiträge, die in den vergangenen Jahren budgetiert waren, und noch dazu unter derselben Bezeichnung. Alles was recht ist, aber das geht nun doch nicht! Ein solches Vorgehen wird weder unsere Fraktion noch auch die breite Öffentlichkeit stillschweigend hinnehmen.

Während der Parlamentsferien haben die Koalitionsparteien verschiedene einander widersprechende Erklärungen zur Frage der Aufhebung der Besatzungskostenbeiträge abgegeben. Ich will hier die Gelegenheit benützen, um den Standpunkt unserer Fraktion eindeutig klarzulegen. Die zweckgebundenen Besatzungskostenbeiträge sind aufzuheben, weil ihr Zweck nicht mehr vorliegt. (Beifall bei der WdU. — Abg. Hartleb: Es gibt kein Gegenargument!) Zur Deckung von Besatzungsschäden aller Art ist eine eigene Post in das Budget aufzunehmen. (Abg. Dr. Pittermann: Ist schon drinnen!) Die Verwendung dieser Steuern für den Wohnungsbau wird von uns nicht unterstützt werden, weil wir bereits die erforderlichen Anträge für eine andere Art der Finanzierung des Wohnungsbau eingereicht haben. Wir werden noch im Laufe der Spezialdebatte darauf zu sprechen kommen und die erforderlichen Anträge stellen.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß das Budget eine große Enttäuschung hinsichtlich der Wohnbaufinanzierung gebracht hat. Die dafür vorgesehenen Beträge sind trotz der ergreifenden Worte meines Vorredners vollkommen unzureichend und bringen wiederum keine Ausweitung des Wohnungsbau. Wenn wir uns die paar Baustellen in unserem Land ansehen, müssen wir neuerlich feststellen, daß weiter Kammer-, Versicherungs- und Gewerkschaftspaläste gebaut werden, nichts wie Tintenburgen! Aber das, was das Volk braucht, sind Wohnungen, Wohnungen und

580 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Wohnungen! (Beifall bei der WdU.) Und wir werden nicht nachlassen, hier im Haus und bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß vor allem Wohnungen in unserem Land gebaut werden müssen. (Abg. Dr. Pittermann: Kommen Sie, wir werden Sie in Wien herumführen, dann können Sie nachschauen, Herr Dr. Kraus! — Ruf bei der WdU: Aber auch in den Bundesländern!) Es ist das primitivste Erfordernis eines Staates, der sozial sein will, zunächst einmal für die Menschen zu sorgen, die wohnungslos sind. (Abg. Dr. Pittermann: Geschieht in Wien, Herr Dr. Kraus!) Da sich die beiden Koalitionsparteien wie so oft auch in dieser Frage nicht einig werden konnten, haben wir in der Wohnbauförderung eine derartige Zersplitterung der Kompetenzen, wie es die Budgetansätze zeigen, daß schon allein deshalb nichts Gescheites bei der gesamten Wohnbauförderung durch den Staat herauskommen kann.

Genau so ist es mit der Sorge für die anderen Benachteiligten unserer Zeit, für die Besatzungsgeschädigten, Bombengeschädigten und für die Volksdeutschen. Es wäre doch der Inbegriff jeder echten sozialen Gesinnung, daß man mit den Mitteln der Allgemeinheit vor allem den Mitbürgern hilft und beispringt, welche durch Schicksalsschläge und unverschuldetes Unglück in äußerste Not geraten sind, und daß man sie nicht einfach ihrem eigenen Schicksal überläßt, wie das heute geschieht. (Beifall bei der WdU.) Solange wir keine zentrale Stelle für dieses Aufgabengebiet schaffen und solange keiner da ist, der sich mit diesen Aufgaben von einer Zentrale aus zu befassen hat, solange werden wir die große Not dieser Bevölkerungsteile nicht wirksam bekämpfen können. Wir verlangen daher die Schaffung zentraler Stellen sowohl für den Wohnungsbau wie auch für das Flüchtlingswesen und die anderen Kriegs geschädigten.

Aber das ist ja das Elend unserer Koalitions regierung, daß sie nicht an einem Strick zieht, sondern sich so viel Schwierigkeiten wie möglich macht, sodaß am Schluß keine wirksamen Maßnahmen getroffen werden können. Wir haben dafür ein besonders lehrreiches Bei spiel in dem sogenannten Produktivitäts streit. Da haben uns die Amerikaner vor eineinhalb Jahren 10 Millionen Dollar gegeben, um die Rationalisierung in den österreichischen Industriebetrieben vorwärtszubringen. Sie stellten zur Bedingung, daß sich die Arbeit geber- und die Arbeitnehmerseite über die Zusammenarbeit bei der Rationalisierung einigen. Und nun streiten die Gewerkschaften und die Bundeswirtschaftskammer schon ein einhalb Jahre lang, und das Ergebnis ist,

daß die 10 Millionen Dollar noch immer nicht ausbezahlt werden können und daß wir, wie üblich, eben zu gar keiner Maßnahme gekommen sind.

Wie sinnlos diese Streitigkeiten innerhalb der Koalition sind, zeigt übrigens auch der Ausgang jenes berühmten Rentenstreites, der im Vorjahr zur Regierungskrise und zu den Neuwahlen geführt hat. (Abg. Weikart: Und zur Niederlage des VdU! — Heiterkeit bei der SPÖ.) Wir stehen heute vor dem Ergebnis, daß von der ÖVP-Seite praktisch alles anerkannt wurde, was sie im Vorjahr auf das heftigste bestritten hat. Wir begrüßen es, daß wenigstens für den Augenblick die Auszahlung der Renten durch die Staatsgarantie gesichert ist. Es ist jedoch notwendig, ein ernstes Wort zur Entwicklung unserer Alters versorgung zu sagen.

Zunächst werden wir uns in Österreich überhaupt einmal entscheiden müssen, ob wir den Standpunkt der reinen Fürsorge oder den der echten Versicherung einnehmen wollen. Heute haben wir ein unklares und ungünstiges Zwittersystem zwischen diesen beiden Grundsätzen. Wenn wir uns für das erstere entscheiden wollen, dann überlassen wir die Altersversorgung in dem dafür notwendigen Maße lieber gleich ganz dem Staat, auch wenn damit einer Partei gewisse Parteimacht stellen verloren gehen sollten. Wenn wir aber das zweite System wollen, müssen wir uns zu dem Grundsatz bekennen, daß jeder, der Beiträge leistet, auch einen Anspruch erhält, der ihm nicht mehr weggenommen werden kann, wie dies zum Beispiel die Altersversorgung der selbständigen Wirtschaftstreibenden vorsieht.

Ein weiteres Erfordernis ist, daß wir jede Gleichmacherei vermeiden. Wer sich mehr anstrengt, wer höher hinaufgekommen ist, der soll auch eine bessere Altersversorgung genießen. Deshalb begrüßen wir es, daß die Überschüsse in der Angestelltenversicherung auch einer besseren Versorgung der Privat angestellten vorbehalten bleiben. Es ist aber an der Zeit, nun auch in der Tat dafür zu sorgen, daß die Privatangestellten eine höhere Altersversorgung bekommen, die wenigstens etwa mit der Pension der Staatsbeamten vergleichbar wird. Sonst werden wir auch niemals die Verwaltungsreform zustandekommen, Herr Finanzminister; denn es scheut sich jeder, aus dem Staatsdienst in eine noch so gut bezahlte Stellung der Privatindustrie zu gehen, wenn er vor sich eine so elende Altersversorgung sieht.

Die wichtigste Seite des Problems aber ist die Frage, wie lange unsere Volkswirtschaft bei dem derzeitigen Altersaufbau überhaupt

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 581

noch in der Lage sein wird, die Renten der alten, arbeitsunfähig gewordenen Menschen zu bezahlen. Der Finanzminister hat darüber sehr bewegte Worte gefunden, denen auch wir Applaus gespendet haben. Aber wir können in seinem Budget keine einzige neue Budgetpost feststellen, die eine bessere Bevölkerungspolitik einleiten würde. Hier ist es notwendig, zu neuen Maßnahmen zu schreiten.

Das Grundproblem ist und bleibt die Ausweitung der österreichischen Gesamtproduktion, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und die Schaffung neuer produktiver Arbeitsgelegenheiten, und zwar womöglich dauerhafter in der konsumnahen Industrie. Dann wird auch das Problem der Verwaltungsreform zu lösen sein, jener Verwaltungsreform, deren volles Scheitern der Herr Finanzminister gestern offen eingestanden hat. (Zustimmung bei der WdU.)

Ich habe eingangs meiner Rede die erforderlichen Voraussetzungen angeführt, und der Herr Finanzminister hat sich nun mit vielen dieser seit Jahren von der WdU gepredigten Notwendigkeiten in seiner Rede auseinandergesetzt. Ich habe überhaupt das Gefühl, daß sich allmählich die in den letzten Jahren allein von uns vertretenen wirtschaftspolitischen Erkenntnisse bei allen Parteien durchzusetzen beginnen, auch bei einem Teil der SPÖ. (Heiterkeit bei den Sozialisten.) Die Gegensätze nehmen allmählich ab. Ich meine die jedenfalls recht bemerkenswerte Rede des Gewerkschaftspräsidenten Böhm in Klagenfurt. (Abg. Probst: Deswegen wählt Sie niemand!) Ich vermisste bloß die Wiedergabe dieser Rede im Zentralorgan der SPÖ, der „Arbeiter-Zeitung“, und möchte gerne Aufklärung darüber haben, warum wir diese Rede lediglich in der Gewerkschaftspresse lesen konnten. Ich bin überzeugt davon, daß eine Weiterentwicklung dieses Geistes und die Durchsetzung dieser gemeinsamen Erkenntnisse unser in wirtschaftlicher Hinsicht doch noch recht unentwickeltes Land schrittweise, aber sicher vorwärtsbringen kann.

Der Herr Finanzminister hat gestern mit sehr bewegten Worten von der Lebensfähigkeit Österreichs gesprochen. Ich möchte ihm dazu sagen, daß wir uns eine noch viel höhere Lebensfähigkeit Österreichs vorstellen können, als sie uns der Herr Finanzminister in diesem hier vorliegenden Budget beschert hat — insoweit man überhaupt von einer höheren Lebensfähigkeit ohne den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas sprechen kann. Die Voraussetzung dafür ist, daß die angeführten wirtschaftspolitischen Grundsätze, die vorzubringen wir seit unserem Einzug ins Parlament nicht müde geworden sind und die wir damals meist vergeblich vorgebracht haben, nun,

da sie wenigstens theoretisch anerkannt werden, auch in der Praxis durchgeführt werden. (Abg. Dr. Pittermann: Zum Beispiel Ihr Lohnindex!)

Ich freue mich, feststellen zu können, daß in der gestrigen Rede zum ersten Mal ein Minister auf die von uns — und in den früheren Jahren eben nur von uns — vorgebrachten Forderungen, angefangen von der Verwaltungsreform bis zum Überhandnehmen des Dienstautounwesens, eingegangen ist und daß nach einem uns oft aussichtslos erscheinenden Kampf nun dieses österreichische Parlament immer mehr von unserem, vom WdU-Geist erfüllt wird (Beifall bei der WdU — Abg. Weikhart: Die Siegesfanfare!), wenn wir auch bezüglich der Verwirklichung der einzelnen Gedanken noch vieles zu bemängeln haben. (Abg. Weikhart: Er siegt sich zu Tode!)

Das eine aber kann ich jedenfalls feststellen. (Abg. Dr. Pittermann: Der VdU verliert!) Eine Feststellung werden Sie mir aber auf jeden Fall zugestehen: Wenn in den vergangenen Monaten einige Fortschritte erzielt worden sind, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß die Angst vor dem sogenannten koalitionsfreien Raum wie vor einer Rute im Fenster — ich zitiere einen Ausspruch der „Wiener Zeitung“ — dazu geführt hat, daß die parteipolitischen Interessen zurückgestellt werden mußten und der Weg für die notwendigen Reformen freigemacht wurde. (Zustimmung bei der WdU.)

Es werden auch der Herr Finanzminister und der Herr Bundeskanzler zugestehen müssen, daß die Haltung der WdU in diesem Hause und ihre potentielle Macht als Zünglein an der Waage durch den sogenannten koalitionsfreien Raum die wichtigste Voraussetzung für diesen Fortschritt gewesen sind. (Beifall bei der WdU. — Abg. Dr. Pittermann: Herr Dr. Kraus, nur eine impotentielle Macht! — Abg. Weikhart: Das Wahlergebnis zeigt diese Impotenz!)

Wir begrüßen diese Fortschritte, an denen wir also wesentlichen Anteil haben, aber ich muß offen gestehen, es sind uns noch viel zu wenige, und vor allem zeigt das vorliegende Budget noch nicht den Weg für die erforderliche Erhöhung der Gesamtproduktion, für die erforderliche Ermäßigung der Steuerrate und für eine dauernde Arbeitsbeschaffung auf, sodaß wir diesem Budget unsere Zustimmung auch diesmal nicht geben können. (Lebhafter Beifall bei der WdU. — Abg. Dengler: Er redet fürs Budget und stimmt dagegen!)

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Prinke.

582 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Abg. Prinke: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Mit Freude dürfen wir feststellen, daß es dem Finanzminister gelungen ist, nach wochenlangen und sicher nicht leichten Verhandlungen das Budget rechtzeitig dem Parlament vorzulegen. Dies ist um so erfreulicher, als wir darin auch ein Zeichen für die Rückkehr zur wirtschaftlichen und politischen Sachlichkeit erblicken können. Allerdings hat uns die heutige Debatte belehrt, daß bei unserem Koalitionspartner nicht immer die Sachlichkeit als primär angesprochen werden kann. (*Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!*) Ich werde darauf noch im Laufe meiner Ausführungen eingehen.

Wenn ich also sage, daß anscheinend wirtschaftliche und politische Sachlichkeit zurückgekehrt sind, so will ich damit sagen, daß es im Vorjahr bekanntlich anders war. Der Finanzminister hat sich damals mit Recht geweigert, ein Budgetdefizit von ungefähr 800 Millionen Schilling in seinen Voranschlag aufzunehmen. In der weiteren Folge dieser Entwicklung kam es dann zur Sprengung der Regierung und zu Neuwahlen, die, unter dem Motto der Stabilisierung durchgeführt, der Österreichischen Volkspartei wieder die Führung in Verwaltung und Parlament übertrugen.

Wenn der Herr Abg. Slavik heute gemeint hat, daß in dem Budget der Niederschlag des Willens der österreichischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, so hat er recht. Denn wenn wir die seit der Regierungsbildung vergangenen Monate selbst einer kritischen Betrachtung unterziehen, dann sind die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Regierung Raab unverkennbar, jener Regierung Raab, die auf Grund des Willens der österreichischen Bevölkerung zur Arbeit gerufen wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen. Der Herr Abg. Slavik hat heute gemeint, daß im Jahre 1951 das letzte Mal in diesem Land Vollbeschäftigung zu verzeichnen war und daß in den Jahren 1952 und 1953 eine steigende Tendenz bei der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen war. Ich muß ihn hier auf einen Irrtum aufmerksam machen. Die Zahl der bei den Krankenversicherungsanstaltengemeldeten Beschäftigten ist seit 1. Jänner bis 15. Oktober 1953 gegenüber 1952 um 193.000 Personen gestiegen. Das ist ein Zeichen dafür, daß uns die Arbeitslosenziffern kein echtes Bild des tatsächlichen Beschäftigungsstandes geben. Es wäre vielleicht gut, wenn sich der Herr Sozialminister beziehungsweise sein Ministerium einmal damit beschäftigen würde, eine Möglichkeit zu schaffen, um die Zahl der tatsächlichen echten Arbeitslosigkeit in unserem Lande festzustellen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Zahl der Beschäftigten ist also gestiegen. Das Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei ist auf dem wirtschaftlichen Sektor teilweise erfüllt oder aber in vollem Fluß. Und die Versprechungen, die wir unseren Wählern gemacht haben, nämlich das unbedingte Festhalten an den Grundsätzen einer stabilen Währung, haben wir eingehalten. Wir haben allerdings auch schon bei der Budgetkrise im Vorjahr und während des Wahlkampfes zu Beginn dieses Jahres eindeutig und klar gesagt, daß wir die Erstellung der Staatshaushaltvoranschläge immer nur so vornehmen wollen, daß der Staat nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt.

Dieser Richtlinie trägt auch der vorliegende Budgetentwurf voll und ganz Rechnung. Er weist wohl einen Abgang von 655 Millionen Schilling aus. Dieses voraussichtliche Defizit ist jedoch insofern tragbar, als Geburtsfolge des Jahres 1952 und auch die Entwicklung im Jahre 1953 zeigen, daß die Eingänge zum Teil wesentlich höher sind, als sie in den beiden Entwürfen ausgewiesen wurden. Dazu kommt, daß sich erfahrungsgemäß im Laufe des Finanzjahres immer wieder Möglichkeiten zur Einsparung ergeben. Beide Faktoren zusammen, höhere Steuereinnahmen und Ersparnisse, werden unter Berücksichtigung der aufwärtsstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung diesen Abgang bei der Schlussabrechnung über den Haushalt 1954 zu beseitigen vermögen.

Sie werden mich nun vielleicht fragen, warum denn unsere Partei heuer einem Abgang von rund 600 Millionen Schilling zustimmt, während sie es im Vorjahr ablehnte, ein Defizit von nur 200 Millionen Schilling mehr zu übernehmen. Die Antwort liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung, die Österreich seit den Februarwahlen 1953 genommen hat.

Vor diesem Wahlgang und während der Budgetkrise des Vorjahres wurde an der von uns vertretenen Finanzpolitik kein gutes Haar gelassen, und das österreichische Volk erinnert sich schließlich noch an die Propaganda, die ein Ausscheiden des Finanzministers aus dem Kabinett geradezu zu einer conditio sine qua non erhob. Nun, Dr. Kamitz ist zum Glück für unsere Finanzen und für unser gesamtes österreichisches Volk weiter mit der Verwaltung des Staatshaushaltes befaßt und hat buchstäblich einen Tag nach den Februarwahlen das vordem vertretene Programm in Angriff genommen.

Die Österreichische Volkspartei hat in den Darlegungen über ihre wirtschaftspolitischen Absichten schon immer klar zum Ausdruck gebracht, daß die finanziellen Erfordernisse des materiellen Wiederaufbaus unserer Heimat, aber auch die zahllosen Anforderungen für den

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 583

Aufbau unserer Wirtschaft, die an die Öffentlichkeit gestellt werden, nicht von einer einzigen Generation allein getragen werden können. Die Volkspartei hat deshalb verlangt, daß die für eine Modernisierung der Wirtschaft notwendigen Milliardenbeträge nicht von den Steuerzahlern allein, nicht in einem Jahr und auch nicht in zwei oder fünf Jahren aufgebracht werden sollen.

Wir befinden uns hier in einem bewußten Gegensatz zu den wirtschaftlichen Meinungen unseres Koalitionspartners, der zur Finanzierung der notwendigen Investitionen immer und immer wieder nur Steuermittel in Anspruch nehmen möchte. Würde aber, wie dies die SPÖ durch Jahre hindurch fortgesetzt verlangt hat, zum Beispiel die Ausstattung der staatlichen und privaten Industrie mit modernsten Maschinen, die sie in die Lage setzen soll, ihre Gestehungskosten herabzusetzen und sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, oder aber die Mechanisierung der Landwirtschaft, die die Arbeit der Bauern erleichtern und das agrarische Produktionsvolumen vergrößern kann, nur allein aus den Steuergeldern der Öffentlichkeit finanziert werden, so müßten die gegenwärtigen Steuersätze nicht nur beibehalten, sondern sogar wesentlich erhöht werden. Dazu käme die Sorge um die Beschaffung der notwendigen Geldmittel für den Wohnbau, für die Verbesserung unseres Straßennetzes, für die Anlage neuer Straßen, für die Autobahn, für die Flughäfen, für die Fluß- und Stromregulierungen, für die Errichtung von Dämmen, für den Ausbau unserer Elektrizitätswirtschaft, den Bau neuer Wasserkraftwerke, neuer Bahnhöfe usw., wie alle die öffentlichen Arbeiten heißen. Welche ungeheuren Anforderungen wären an die 6½ Millionen Österreicher zu stellen, wenn das alles nur aus den Steuerleistungen des Volkes finanziert werden sollte!

Da diese Belastung unerträglich wäre, mußte der Weg der Inanspruchnahme in- und ausländischer Kredite eingeschlagen werden. Die stabile Entwicklung seit etwa zwei Jahren hat das Vertrauen des kapitalkräftigen Auslandes zu Österreich weitestgehend gestärkt.

Unter dieser und nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, Auslandskredite zu bekommen und so den Aufbau und den Wiederaufbau in zwei Teile zu zerlegen. Auf der einen Seite stehen die Steuerleistungen des Volkes und auf der anderen Seite die Millionenkredite ausländischer Geldgeber, die beide zusammen die Modernisierung unserer Industrie, die Vergrößerung unseres Produktionsvolumens, die Erhöhung unserer Exporte und damit die Zunahme der Beschäftigtenziffer ermöglichen sollen.

Wir wollen hier nur darauf verweisen, daß der Finanzminister buchstäblich wenige Tage nach dem Amtsantritt der Regierung Raab mit einer 200 Millionen-Schilling-Anleihe aus der Schweiz zurückkam und mit diesem Geld die Vollautomatisierung des Telefonnetzes im Westen unseres Landes in die Wege leitete. Vor wenigen Wochen kam Prof. Kamitz von einer Besprechung bei der Weltbank aus Amerika zurück und teilte mit, daß es ihm gelungen sei, einen beachtlichen, mehrere Millionen Dollar ausmachenden Kredit für den Ausbau des Kraftwerkes Reißeck zugesagt zu erhalten. Er kündigte weiter Verhandlungen mit einem Privatbankenkonsortium in den USA an, welches die Finanzierung eines großen Wirtschaftsprojektes in Österreich übernehmen soll. Soviel wir bisher darüber wissen, sind die Besprechungen zur Ausfindigmachung eines solchen Projektes derzeit im Gange.

Es ist uns aber auch das wirtschaftliche und finanzielle Interesse des Auslandes an dem Bau der Autobahn von Salzburg bis Wien wohl bekannt. Niemandem dürfte es entgangen sein, daß das von Bundeskanzler Ing. Raab zur Debatte gestellte Projekt für die Errichtung eines Wiener Großflughafens auch im Ausland mit Wohlwollen und aufrichtiger Sympathie begrüßt wurde. Die Gründung von Gesellschaften, die die technische und finanzielle Durchführung dieses Planes übernehmen sollen, ist in Verwirklichung beziehungsweise Planung begriffen.

Das, meine Damen und Herren, ist nur eine gedrängte Übersicht, zugleich aber auch ein stolzer Leistungsbericht und eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der von uns vertretenen wirtschaftspolitischen Grundsätze. Wir müssen aber auch voll Dankbarkeit eines Mannes gedenken, der in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes, von 1945 bis 1953 mit unverdrossenem Mut, mit überragendem staatspolitischem Weitblick die tragenden Fundamente für die nunmehr eingeleitete zweite Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes schuf: des Altbundeskanzlers Dr. Ing. Figl. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

In unserer raschelbigen Zeit vergißt man sehr oft das Unangehme, und obwohl zum Beispiel das Kalorienzeitalter, die Stromabschaltungen, die Rohstoffknappheit, die Unsicherheit, der Schleichhandel, kurz alles, was wir so zwischen 1945 und 1948 gewohnt waren, eigentlich noch der Gegenwart zugezählt werden muß, ist es doch heute schon fast vergessen. Daß wir auch diese Zeit überwinden konnten — unser Ansehen in der Welt und das Vertrauen des Auslandes zu uns ist enorm gestiegen —, verdanken wir dem unermüdlichen Wirken des Altbundeskanzlers, der mit Erfolg und Fleiß und Energie am Werk gewesen ist.

584 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Die Budgetdebatte im Parlament ist für die Parteien ein willkommener Anlaß, nicht nur die Entwicklung zurückschauend zu betrachten, sondern auch sachliche, manchmal auch kritische Betrachtungen zu den Problemen zu machen, deren Verwirklichung vor uns liegt. Für die Österreichische Volkspartei als die stärkere Regierungspartei ist es relativ einfach, dem Volk den Weg aufzuzeigen, den Österreich in der Zukunft gehen soll. Obwohl wir eine Partei sind, die unter Bedachtnahme auf den notwendigen sozialen Schutz des wirtschaftlich Schwächeren der initiativen Entwicklung aller Tätigen und Schaffenden in unserem Land im Rahmen der Gesetze möglichst weiten Spielraum läßt, huldigen wir wohl keinen planwirtschaftlichen Tendenzen, halten nichts von Plänen, Produktionsnormen und ähnlichen Bestandteilen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, haben aber dafür eine bestimmte Vorstellung von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Struktur unseres Landes.

Wenn wir uns zunächst unseren wirtschaftspolitischen Auffassungen zuwenden, so können wir unter Bezugnahme auf die schon erzielten Erfolge nur wünschen, daß der bisherige Weg fortgesetzt wird, weil er uns allein eine solide Straße zu dem Ziele zu sein scheint, das uns alle und diesmal wohl ohne Unterschied der Parteigesinnung vorschwebt: nämlich zur Vollbeschäftigung. Ich habe zuvor gesagt, daß uns nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Steigerung der Beschäftigungsziffer sehr am Herzen liegt. Wir können für diese Behauptung nicht einen, sondern zahlreiche Beweise anführen. Alles, was ich eingangs meiner Ausführungen über die finanz- und wirtschaftspolitischen Projekte der Gegenwart gesagt habe, dient ja nicht nur dem Wiederaufbau eines anonymen Gebildes, das man Wirtschaft nennt, sondern ist ein Mittel zu einem einzigen Zweck, zur Verbesserung des Lebensstandards aller ehrlich arbeitenden Menschen in Stadt und Land, ob sie nun als wirtschaftlich Selbständige tätig sind, an der Werkbank stehen, an einem Schreibtisch sitzen oder auf dem freien Lande den Pflug durch ihre Äcker ziehen.

Wir wären nicht nur schlechte, sondern überhaupt keine Volksvertreter, wenn wir etwa nur die Besserstellung eines bestimmten Standes oder einer Klasse im Auge hätten; für uns ist der Wohlstand des Deichgräbers genau so wichtig wie der der wirtschaftlich Selbständigen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir freuen uns daher aufrichtig und ehrlich, daß die Ansätze des Budgets 1954 uns allen die Gewähr für eine weitere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bieten.

Im Mittelpunkt unserer Sorgen steht, entsprechend der christlichen Grundhaltung unserer Auffassungen, immer wieder der

Mensch. Wenn wir also in Vergangenheit und Zukunft Maßnahmen durchführen, Gesetze erlassen und Vorschläge machen, so haben wir nichts anderes als die Erleichterung des Lebens unserer Mitbürger im Auge. Wenn wir von der Autobahn reden, dann denken wir nicht an den zukünftigen schnurgeraden modernsten Straßenzug, der unser schönes Land durchziehen wird, auch nicht allein an die Bequemlichkeit der Autofahrer, die dann auf dieser Straße dahinrasen können, sondern in erster Linie daran, daß wir mehrere Jahre hindurch für rund 4 Milliarden Schilling unzähligen Arbeitern in allen Zweigen des Gewerbes und der Industrie Brot geben können. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das gleiche trifft für alle anderen wirtschaftspolitischen Projekte der Österreichischen Volkspartei zu.

Wir müssen aber im Zusammenhang mit den Bemerkungen zur Vollbeschäftigung auch einiges zur Entwicklung des Lebensstandards und der Produktivität sagen. Es gehört in Österreich offenbar schon ein gewisser Mut zur Feststellung, daß der Lebensstandard bei uns keineswegs so schlecht ist, wie man dies oft aus politischen Gründen unserem Volke einreden möchte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wenn wir unseren Blick auf viele europäische Siegerstaaten des letzten Krieges richten, etwa auf England, Frankreich, Italien oder andere Länder, wie Griechenland — von den Volksdemokratien wollen wir hier erst gar nicht reden —, so müssen wir objektiv feststellen, daß die Lebenshaltung in Österreich zumindest höher ist, als man dies im Vergleich zur Wirtschaftskraft unseres Landes annehmen könnte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Zu einem bedeutenden Teil verdanken wir das der jahrelangen und uneigennützigen Hilfe durch den Marshallplan, der großzügigen und ständigen Unterstützung und dem wirtschaftlichen Entgegenkommen des uns befreundeten Auslandes, zum großen Teil aber den Leistungen der österreichischen Arbeiter und Unternehmer. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist also eine absolut billige Methode, wenn etwa in Wahlzeiten manche Parteien im Zuge der Stimmenwerbung sich mit Vorliebe des angeblich niedrigen Lebensstandards der Österreicher annehmen und ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten dem Volke — wie Bundeskanzler Raab erst kürzlich treffend feststellte — Wolkenkuckucksheime versprechen und aufgeregt von sich behaupten, das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfunden zu haben. Bleiben wir deshalb immer auf dem Boden der Realität, haben wir den Mut zur Wahrheit und sagen wir dem Volke, daß unser Bestreben auf eine Besserstellung des Menschen gerichtet ist!

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 585

Wir müssen hier aber auch sagen, daß nicht allein gesetzgeberische, wirtschaftliche oder soziale Maßnahmen den derzeitigen Lebensstandard halten oder ihn gar noch verbessern können. Der Staat kann schon deshalb nicht ein Versorgungsinstitut für seine Einwohner werden, weil ihm die Mittel hiezu fehlen, er ist vielmehr die Organisationsform, in deren Rahmen sich Wirtschaft, Sozialpolitik und Kultur frei entfalten sollen. Er bildet die Basis und soll ein festes Fundament sein, auf dem die schöpferische Leistung aller seiner Bürger sich aufbauen kann, das heißt, daß der Lebensstandard des Volkes untrennbar mit seinen Leistungen verbunden ist.

Ein einfaches Sprichwort sagt: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! Dieses Sprichwort hat für uns wohl keine Gültigkeit, denn unsere sozialen Einrichtungen bieten auch jenem Existenzmöglichkeiten, der auf Grund widriger Umstände gewissermaßen zwangsweise und vorübergehend vom Erwerb eigenen Brotes ausgeschaltet ist. Trotzdem hat dieses Sprichwort einen wahren Kern. Wir wollen es daher, allerdings in abgewandelter Form, allen in Stadt und Land auf den täglichen Weg zur Arbeitsstätte mitgeben, nämlich: Wer mehr essen will, der muß auch mehr arbeiten! (Beifall bei der ÖVP.) Es soll damit gesagt sein, daß die Erhöhung des Lebensstandards in Österreich nicht primär eine Sache der Gesetzgebung sein kann, sondern uralte Angelegenheit aller schaffenden Menschen ist.

Die moderne Zeit hat dafür ein eigenes Wort geprägt, von dem sehr oft gesprochen wird: Erhöhung der Produktivität. Es handelt sich hier um die Methode zur Steigerung des Arbeitsertrages, die sich in den Jahren seit dem Kriegsende mit einer geradezu wissenschaftlichen Gründlichkeit herausgebildet hat. Diese Steigerung der Produktivität erschöpft sich nicht in der Einführung technischer Rationalisierungsmaßnahmen, sondern macht auch unmißverständlich klar, daß die individuellen und persönlichen Leistungen des Einzelmenschen in einem ursächlichen Zusammenhang mit seinem Lebensstandard stehen.

Es soll hier an alle, die es angeht, an die Unternehmer in gleicher Weise wie an die Arbeitnehmer, der dringende Appell gerichtet werden, sich in dieser Frage nicht allzusehr auf den Staat, sondern viel mehr auf den persönlichen Willen zu verlassen. Es geht nicht an, daß die geringsten Schwankungen etwa bei den Kosten der Rohprodukte oder eine Änderung der Frachtenttarife oder unvorhergesehene kleinere oder unbedeutende Ausgaben im Betrieb von den Unternehmungen sofort auf die Preise überwälzt werden. Würde diese

Einstellung zur kalkulatorischen Richtlinie des Preises werden, dann wäre ein Konsumrückgang unvermeidlich, als dessen Folge die Produktion eingeschränkt und Arbeiter entlassen werden müßten. Im Rahmen dieser Kampagne zur Steigerung der Produktivität, also zur Erhöhung des Lebensstandards, muß das Bestreben vorhanden sein, so viel als möglich und damit so billig, als es nur geht, Verbrauchsgüter herzustellen und sie den breitesten Massen zugänglich zu machen.

Dieser ernsten Mahnung an die Unternehmer wollen wir aber auch den Appell an die Arbeitnehmer hinzufügen, die Frage der Lebenshaltung nicht allein von der sozialpolitischen oder der gewerkschaftlichen Warte aus zu betrachten. Beide, Sozialpolitik und Gewerkschaftsbewegung, sind in einem modernen Staat nichts anderes als Selbstschutz vor wirtschaftlichen Katastrophen und Übergriffen. Weder die Sozialversicherung noch die Gewerkschaften können die Rolle von Versorgungsinstituten spielen. Beide wurden jedenfalls nicht als ein Ersatz der persönlichen Leistung geschaffen, die ja allein Wertmesser für die Lebenshaltung sein kann. Es würde eine völlige Verdrehung aller wirtschaftlichen, aber auch aller sozialpolitischen Grundsätze bedeuten, wollten wir etwa behaupten, daß jemand nur sozialversichert und gewerkschaftlich organisiert zu sein braucht, um von da ab die Sorge um sein tägliches Brot auf die anderen überwälzen zu können.

Die Bemühungen zur Steigerung der Produktivität werden in einem noch größeren Ausmaß, als dies für die Unternehmer gilt, für die Arbeitnehmerschaft gemacht. Die verschiedenen Bestrebungen zur Erhöhung der Produktivität dienen der Steigerung des Lebensstandards. Sie setzen allerdings die aufrichtige und ernste Mitarbeit, ja die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer voraus. Sie machen es notwendig, daß die Arbeitnehmerschaft an ihrem Betrieb nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus ideellen Gründen interessiert ist.

Das sind auch die wichtigsten Gründe, warum wir von der Österreichischen Volkspartei mit einer solchen Vehemenz gegen die Verpolitisierung der Werkstätten eingetreten sind und warum wir bei verschiedenen Gelegenheiten wohl das Mitspracherecht der gewählten Betriebsräte fordern, es hingegen betriebsfremden Leuten verwehren wollen. Das tun wir nicht, weil uns etwa das soziale Interesse an dem Schicksal der Arbeiter und Angestellten fehlt oder weil wir die Inhaber vor den Rechten ihrer Arbeiter schützen möchten, sondern einzig und allein aus dem

586 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

Gründe, weil wir glauben, daß betriebsinterne Probleme am besten betriebsintern gelöst werden, und weil wir der Meinung sind, daß das Zeitalter des Klassenkampfes ein für alle mal vorüber ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Fragen der Parteipolitik sollen in den Gemeindestuben, in den Landtagen und im Parlament oder, wenn Sie wollen, in Wirtshausversammlungen, aber auf keinen Fall an den Beratungstischen in den Betrieben erörtert oder gelöst werden. Wir bejahren den Gewerkschaftsbund und die einzelnen Fachgewerkschaften als die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer im modernen demokratischen Staat. Wir sind überzeugt, daß diese Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft notwendig ist, und wenn wir an der Gewerkschaftspolitik trotzdem manchmal Kritik zu üben haben, dann gilt dies nicht der gewerkschaftlichen Idee, sondern der politischen Praxis, die, wie wir es fühlen, mitunter angewendet wird.

Natürlich ist die Gewerkschaft als Interessenvertretung zugleich ein politischer Faktor, ich sage aber ausdrücklich, ein politischer, und kein parteipolitischer. Wenn wir jedoch diese Theorie mit der Wirklichkeit vergleichen, dann müssen wir feststellen, daß der Gewerkschaftsbund und in einem noch viel größeren Ausmaß die Fachgewerkschaften nicht zu einem wirtschaftlichen und politischen Interessenvertreter der Arbeitnehmer, sondern sehr oft auch zu einem Tummelplatz der parteipolitischen Interessen der Sozialisten gemacht werden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Glauben Sie ja nicht, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, daß uns etwa die Änderung Ihrer Taktik entgangen wäre! Sie haben es in den Jahren von 1945 bis 1953 sehr wohl verstanden, Regierung und Opposition in einem zu spielen, und erst als Sie erkannt hatten, daß das österreichische Volk diese Schwarzeßmalerei auf die Dauer kaum mitmachen wird, entschlossen Sie sich zu einer Tarnung Ihrer politischen Grundhaltung. Es war für Sie sicherlich bequemer und einfacher, alle von der Regierung erzielten Erfolge ausschließlich sich selber zuzuschreiben und alle unvermeidlichen Lasten, die Sie als Partei in Regierung und Parlament gemeinsam mit uns beschlossen haben und für die Sie die gleiche Verantwortung wie wir tragen müssen, wiederum allein der ÖVP in die Schuhe zu schieben. Auch heute bestand die Rede meines verehrten Freundes Slavik zu 90 Prozent aus Demagogie und zu 10 Prozent aus Wahrheit, zu 90 Prozent aus Opposition und zu 10 Prozent aus Verantwortung!

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Linken, das zieht heute nicht mehr, und deshalb müssen wir christlichen

Gewerkschafter konstatieren, daß sich seit einigen Monaten eine recht bedenkliche Entwicklung im Gewerkschaftsbund anbahnt. Die Sozialistische Partei ist anscheinend dazu übergegangen, ihre politischen Forderungen, mit denen sie dank der Erfolge des wirtschaftlichen Kurses der Österreichischen Volkspartei auf der politischen Ebene kaum mehr durchkommen kann, auf die gewerkschaftliche zu übertragen. In einem immer bedenklicheren Maße werden jene gewerkschaftlichen Forderungen aufgestellt, die sich mit den Denunziationen der sozialistischen Wirtschaftstheoretiker in der „Arbeiter-Zeitung“ oder mit dem Text der sonntägigen Ministerreden der SPÖ genau decken. Wir haben es zum Beispiel beim Gewerkschaftstreffen in Wien erlebt, daß es selbst besonnenen sozialistischen Funktionären, ja auch dem Präsidenten Böhm nicht gelungen ist, die radikalen Elemente der Partei zur Vernunft zu rufen. Der Vorfall auf dem Westbahnhof, dem wir nicht mehr Bedeutung zumessen wollen, als ihm zukommt, den wir nur als eine recht unerfreuliche Episode bezeichnen möchten, wirft dennoch ein recht unangenehmes Zwielicht auf die interne Propaganda unter den sozialistischen Gewerkschaftern, er zeigt ein recht erschütterndes Bild von dem Mangel an Verständnis der Sozialistischen Partei für eine unbedingt nötige Zusammenarbeit, er beweist aber auch gar kein Verständnis für unser Bemühen, gewerkschaftliche Fragen nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.) Dies alles aber, meine Damen und Herren, kann uns nicht daran hindern, den einmal beschrittenen Weg konsequent weiterzugehen.

Um auf das eigentliche Thema unserer heutigen Sitzung zurückzukommen, wollen wir mit Genugtuung das Versprechen des Herrn Finanzministers verzeichnen, schon in Bälde durch eine Steuerreform auch auf diesem leidigen Gebiet eine hoffentlich recht fühlbare Besserung herbeizuführen. Aber auch dafür gilt das vorhin Gesagte: Wir müssen den Mut zur Wahrheit haben, und diese Wahrheit in Steuerfragen kann nur in einem Hinweis auf die ungeheuer großen Anforderungen, die an den Staat gestellt werden und immer größer werden, bestehen.

Wenn wir wollen, daß der Staat seinen Verpflichtungen als Förderer und Finanzier von großen Wirtschaftsprojekten nachkommt, weiterhin Zuschüsse zur Sozialversicherung leistet, Kunst und Wissenschaft fördern soll usw., also viele Aufgaben zu erfüllen hat, dann müssen wir ihm auch die notwendigen Mittel hiezu zur Verfügung stellen. Nach der Höhe der Anforderungen, die an den Staat gestellt werden, richtet sich das Begehr nach dem Steueraufkommen. Dazu muß

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 587

allerdings gesagt werden, daß der Staat in Vergangenheit und Zukunft finanzpolitische Probleme zu lösen hatte, beziehungsweise zu lösen haben wird, die in normalen Zeiten Gott sei Dank unbekannt sind. Ich meine hier die Milliardenerfordernisse für den Wiederaufbau und zur Beseitigung der Kriegsschäden, von den Straßen angefangen über die Industrieanlagen bis zu den Privatwohnungen, dazu kommen die Versorgungswünsche der Opfer zweier Weltkriege, die Millionensummen, die bis in die jüngste Vergangenheit von den Besatzungsmächten verlangt worden sind, und vieles andere mehr, was in ruhigeren Zeiten in den Staatshaushaltsplänen nicht aufzuscheinen pflegt.

Mit besonderer Genugtuung verzeichnen wir aber, daß der Herr Finanzminister, wie er gestern vor dem Hohen Hause bekanntgegeben hat, einen Ausweg aus der zweifellos überaus schwierigen Situation der Rentenversorgung gefunden hat. Wir freuen uns darüber, daß 1954 alle Rentenversicherungs träger einen Bundesbeitrag in der Höhe von 25 Prozent des Rentenaufwandes erhalten. Besonders aber begrüßen wir die Lösung, wonach der Bund eine Ausfallhaftung gewährt, die nach obenhin mit jenem Betrag begrenzt ist, um den 110 Prozent des Rentenaufwandes im jeweiligen Geschäftsjahr die gesamten Einnahmen einschließlich des Bundesbeitrages übersteigen, das heißt also, daß die Rentenversicherungsanstalten im kommenden Jahr und in der folgenden Zeit stets über ein Kapital verfügen werden, das 10 Prozent über dem notwendigen Aufwand zur Auszahlung der gesetzlichen Renten liegt.

Es zeigt sich also somit knapp ein Jahr später, daß das Märchen vom Rentenraub tatsächlich nichts anderes als ein Wahlmanöver war, daß man mit der Angst der Alten um die Sicherung ihrer Renten ein böses politisches Spiel getrieben hat. Wenn man damals den Willen gehabt hätte, auch diese Frage sachlich zu behandeln (*Zwischenrufe bei den Sozialisten*), dann hätte man allerdings den schäbigen „Rentenklau“ nicht an die Wand malen dürfen. „Rentenklau“ und „Hungerraab“, sie gehören der Vergangenheit an als Zeichen des nicht besonders schönen Wahlkampfes des Jahres 1953. Die österreichische Bevölkerung wird mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß die Volkspartei niemals die Absicht hatte, die gesetzlichen Renten in ihrer Höhe auch nur anzutasten, denn es ist ihr lediglich darum gegangen, einen wirtschaftlich gangbaren Weg bei der Finanzierung der Rentenversicherungsinstitute zu finden.

Trotz allen neuen Belastungen sucht der Finanzminister auch einen Weg zur Wieder-

herstellung der Steuergerechtigkeit. Wir haben oft darauf hingewiesen, daß Steuererleichterungen ein vordringliches Ziel unserer Grundsätze sind und es weiterhin bleiben sollen. Je größer die Steuererleichterungen sind, einen umso bedeutungsvolleren Anteil haben sie nicht nur am Einkommen des kleinen Mannes, sondern auch am Preise einer Ware. Wenn wir daher zu einem allmäßlichen Abbau der drückenden Steuerlast kommen, werden wir nicht nur eine Erhöhung des Realeinkommens jedes Arbeiters und Angestellten oder öffentlichen Beamten in diesem Lande erreichen, sondern auch zu einer Möglichkeit für eine Entlastung der Preise von einem sehr wichtigen Kalkulationsfaktor, das heißt also zu einer Verbilligung gelangen. Wir dürfen die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Steuergerechtigkeit in Österreich nicht verkennen. Sie ist ja schließlich und endlich nichts anderes als eine Maßnahme, die zur Erhöhung des Realeinkommens ohne Gefahr für die Stabilität der Währung oder der Wirtschaft führt.

Wir wissen genau und haben dies aus dem Munde prominentester sozialistischer Funktionäre oft gehört, daß die SPÖ die durch den Finanzminister angestrebten Steuererleichterungen mit mehr scheelen als freundlichen Augen betrachtet. Man möchte recht gern diesen Anlaß benützen, um die ÖVP der steuerlichen Begünstigung der Reichen zu verdächtigen. Als der Weisheit letzter Schluß bei Auftauchen aller finanzieller Schwierigkeiten wurde bisher immer wieder eine Verschärfung des Steuerdruckes verlangt. Auch diese Argumentation beinhaltet eine sehr bequeme politische Taktik: Wenn die Steuern erhöht würden, so wäre dies vom bösen ÖVP-Finanzminister veranlaßt; wenn dann in weiterer Folge die Realeinkommen zu sinken und die Preise zu steigen beginnen würden, dann hätte man einen billigen Schlager zur Herabsetzung der Österreichischen Volkspartei. Die ÖVP wird aber bei diesem Spiel nicht mitmachen; im Gegenteil! Sie wird der vollen Wahrheit entsprechend auf ihre Initiative bei der kommenden Steuerregelung verweisen.

An dieser Tatsache ändert auch das SPÖ-Forderungsprogramm zur Steuerreform nichts. Es beinhaltet zum Teil Selbstverständlichkeiten, wie etwa die Erhöhung des Realeinkommens der Lohnempfänger. Die Sozialisten rennen hier offene Türen ein, denn das Bestreben der ÖVP war es schon immer, eine Steuerreform nicht nur für einen bestimmten Berufsstand oder für eine bestimmte Gruppe der Steuerträger zu erreichen, sondern eine Steuerreform so zu machen, daß

588 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

alle Teile des Volkes ihre segensreichen Auswirkungen spüren. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Was die Sozialisten jedoch im Punkt 3 ihrer Vorschläge verlangen, nämlich die öffentliche Diffamierung aller Einkommensteuerträger, ist natürlich völlig absurd und unannehmbare. Es würde der Denunziation Tür und Tor öffnen und das Steuergeheimnis auf eine Art preisgeben, wie dies nicht einmal in kommunistischen Staaten der Fall ist. Steuersenkungen sind keine Geschenke für die Reichen, sondern wichtige Maßnahmen zur Fortsetzung der nun einmal und endlich eingeleiteten Stabilisierungspolitik, die den Arbeitnehmern vielleicht zu einem größeren Teil zugute kommen, als dies bei den Trägern höherer Einkommen der Fall sein wird.

Wir haben aber auch ein Versprechen einzulösen, meine Damen und Herren, welches wir bei der Regelung der Gehälter und Pensionen der Angestellten im öffentlichen Dienst gegeben haben. Damals hatten sich die Regierungsunterhändler, also auch die Mitglieder der Sozialistischen Partei, verpflichtet, durch eine Steuerermäßigung mit Wirkung vom 1. Jänner 1954 eine eigene Zwischenetappe des damals eingeleiteten Nachziehverfahrens, der Entnivellierung der Beamtengehälter durchzuführen. Wir wollen den Herrn Finanzminister in diesem Zusammenhang ersuchen, die Etappen, die im Nachziehverfahren für die öffentlich Bediensteten vorgesehen sind, eventuell zu verkürzen, wenn die Entwicklung der Staatsfinanzen im Jahre 1954 hiezu Möglichkeiten bietet.

In unmittelbarer Zukunft werden wir aber auch mehr als bisher unser Augenmerk einer gesunden Familienpolitik zuwenden müssen. Wenn wir gerade bei der Budgetdebatte über die Höhe der Steuern und die Verwendung der Staatseinnahmen für die verschiedensten Zwecke, zum Beispiel für die Bedürfnisse der Sozialversicherung, reden, so kommen wir fast automatisch zu der Feststellung, daß die Erfordernisse für diese Sparte in nächster Zeit immer größer werden, einfach deshalb, weil die Zahl der alt werdenden und damit versorgungsberechtigten Personen immer größer wird. Der Herr Finanzminister hat gestern auf diese Entwicklung, die sämtliche verantwortungsbewußten Faktoren in unserem Lande mit größtem Bangen erfüllen muß, hingewiesen. Das Wort „Mehr Särge als Wiegen“ schwelt einem Damoklesschwert gleich über den Köpfen der heutigen Generation. Es ist daher die Sorge, wer in etwa 20 oder 30 Jahren das finanzielle Erfordernis aufbringen wird, welches durch die Sozialversicherung den Lebensabend der Alten finanzieren soll, sehr wohl berechtigt.

Wir müssen, ohne etwas anderes zu können, als das Problem zur Diskussion zu stellen, vor allem einmal festhalten, daß die Zeit eine Änderung der Einstellung der jungen Generation zum Kinde gebracht hat. Die schrecklichen Erlebnisse des letzten Weltkrieges, die schweren Zeiten nach Kriegsende, die materiellen Verluste und Schäden an Wohnraum und persönlichem Besitz, von der Kleidung bis zur Wohnungseinrichtung, haben die Kinderfreudigkeit der jungen Ehepaare, man möchte fast sagen automatisch, herabgedrückt. Und jetzt, wo die drückendsten dieser Sorgen behoben sind, drohen die Fortschritte der Technik zu einer Hypothek des Volkes zu werden. Wir wollen uns auch hier vor globalen Urteilen hüten. Aber wenn man mit offenen Augen durch unser österreichisches Vaterland geht und sich mit manchem jungem Ehepaar über das Nachwuchsproblem unterhält, wird man feststellen, daß heute die Freude am ungebundenen Leben die Sehnsucht nach dem Kinde überschattet.

Das allerdings ist nur die ideelle Seite dieses vielleicht schwersten Problems der Zukunft. Das Thema Kinderfreudigkeit hat aber auch eine materielle Seite, und mit dieser werden wir uns im Hohen Hause in absehbarer Zeit zu beschäftigen haben. Es ist kein Zweifel, daß einem Großteil der jungen Ehepaare die Erhaltung eines oder mehrerer Kinder aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich gemacht wird, weil beide Ehepartner berufstätig sind oder aber weil dort, wo dies nicht der Fall ist, das Einkommen des Mannes nicht jene Höhe erreicht, die zu Erhaltung einer mehrköpfigen Familie notwendig ist. Hier müssen wir nun den Hebel ansetzen und durch überlegte und kluge gesetzgeberische Maßnahmen Wandel schaffen.

Die Österreichische Volkspartei hat auch für dieses Problem kein Allheilmittel, sondern nur einen Lösungsvorschlag, der unter dem Namen Familienlastenausgleich einen Anschluß an das ebenfalls von der ÖVP eingeführte System der Kinderbeihilfen bedeutet. Wir wollen hoffen, daß alle in diesem Lande, ob es nun politische Parteien, öffentlich-rechtliche Körperschaften, Wirtschaftstreibende oder Arbeitnehmer sind, sich der Notwendigkeit einer Lösung dieser Frage nicht verschließen und sich bereit zeigen, ihre Einzelwünsche diesem dringenden Erfordernis der Allgemeinheit unterzuordnen. Der Familienlastenausgleich allein ist aber, wie ich schon gesagt habe, nur ein wirtschaftlicher Lösungsversuch und deshalb auch nur zu einer finanziellen Erleichterung der Lasten großer Familien geeignet.

Wir haben aber hier auch die ideelle Seite des Problems zu berücksichtigen, und ich möchte in diesem Zusammenhang an ein Wort

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 589

des vielleicht größten Politikers der Ersten Republik erinnern, das dieser, allerdings auf etwas anderes angewendet, ausgesprochen hat. Bundeskanzler Prälat Dr. Seipel prägte einmal den Satz von der Notwendigkeit einer Sanierung der Seelen. Mit einer solchen Sanierung der Seele soll man aber nicht erst dann beginnen, wenn der Mensch schon erwachsen ist und sich bereits seine eigenen, schwer zu erschütternden Vorstellungen vom Leben gebildet hat, sondern schon in der Schule. Wir möchten deshalb heute schon unsere Absicht für eine endliche Regelung der kulturellen Fragen ankündigen.

Es ist uns in den vergangenen acht Jahren der Koalitionsregierung im großen und ganzen gelungen, in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen tragbare Kompromisse zu finden. Zu unserem größten Bedauern war es jedoch unmöglich, kulturelle Probleme einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Wir stellen fest, daß wir nun einen solchen Versuch neuerlich wiederholen werden, um endlich im Rahmen unserer Vorstellung von einer gesunden Familienpolitik auch die Schaffung eines modernen Schulgesetzes und eines modernen Ehrechtes zu ermöglichen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was wir auf diesen beiden in der öffentlichen Diskussion so oft verzerrten Gebieten eigentlich wollen, ist einfach und klar. Wir möchten die Grundsätze der Demokratie, wonach dem Menschen unter Bedachtnahme auf die Gesetze der freie Wille überall garantiert ist, auch in der Schule und bei der Eheschließung angewendet wissen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir verlangen nichts anderes als Freiheit der Eltern in der Wahl der Schule, in die sie ihre Kinder schicken möchten, und Freiheit der Brautpaare in dem Sinn, daß sie den Bund fürs Leben je nach ihrer inneren Überzeugung entweder vor dem Priester oder vor dem Standesbeamten schließen können. (*Neuerlicher Beifall bei der Volkspartei.*) Es ist doch ein absurder Zustand, wenn man bedenkt, daß in ganz Österreich rund 30.000 Eltern 300 katholische Privatschulen zu erhalten haben, obwohl sie durch ihre Steuerleistungen auch für die Erhaltung der öffentlichen Schulen aufkommen müssen.

Wir empfinden es daher auch für recht und billig, wenn der Staat auch zur Führung der konfessionellen Schulen einen angemessenen Beitrag leistet. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Die von uns angestrebte Subventionierung vertreten wir umso energischer, als wir um den Wert dieser Schulen sehr genau wissen und uns bekannt ist, daß dort Lehrkräfte am Werk sind, die den

Kindern nicht nur die Ehrfurcht vor Gott und seinen Geboten, sondern auch vor dem Vaterland und seinen Einrichtungen in beispielgebender Weise vermitteln. Wir wollen damit nicht sagen, daß dies etwa in den öffentlichen Schulen nicht der Fall wäre. Aber es gibt in Österreich eine zum Glück sehr bedeutende Anzahl von Menschen, die ihre Kinder in stärkerem Maße, als dies in öffentlichen Schulen der Fall ist, mit den Wahrheiten der Religion vertraut machen wollen, die darauf Wert legen, daß die christlichen Grundsätze zur betonten Grundlage der Erziehung der Kinder werden. Deshalb empfinden wir es als eine Schande, daß der Staat diesen Schulen nicht auch seine Förderung zuteil werden läßt. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Mit gleich großer Beschämung müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es noch immer nicht gelungen ist, die bestehenden Ehegesetze aus der nationalsozialistischen Ära durch ein modernes österreichisches Ehrechtes zu ersetzen. Wir bilden uns weiß Gott was auf unsere sozialen Errungenschaften ein, wir reden von der Gleichberechtigung der Frau, von Ehre und Schutz der Mutter, und lassen es trotzdem zu, daß vor den Zivilgerichten bei Scheidungsklagen Paragraphen angewendet werden, die mit Ehre und Schutz der Mutter und Gattin gar wenig zu tun haben.

Im Rahmen dieses Ehrechtes soll auch die Frage der Eheschließung geklärt werden. Wir streben dabei keineswegs eine Rückkehr zu vergangenen Zeiten an. Wir wollen den jungen Brautleuten nicht dekretieren, vor wem sie zu heiraten haben, sondern wir wollen schlicht und einfach ihnen selbst die Wahl überlassen und möchten die zutiefst reaktionäre Vorschrift, daß der Standesbeamte zuerst sein amtliches Siegel unter die Heiratsurkunde zu drücken hat und erst dann der Priester den Lebensbund einsegeln darf, beseitigt haben. (*Beifall bei der Volkspartei.*) Es war eine traurige Sensation, als vor einiger Zeit ein katholischer Geistlicher vor Gericht stand und verurteilt wurde, weil er einem Brautpaar das Sakrament der Ehe spendete, bevor die Ehe vor dem Standesamt geschlossen wurde. Was, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, finden Sie an unserem Vorschlag so klerikal, reaktionär und rückschrittlich, wie Sie von der Sozialistischen Partei unsere Forderungen immer apostrophieren? Sie legen doch Wert darauf, in der Öffentlichkeit als die unfehlbaren Demokraten seit 1918 angesehen zu werden! Und trotzdem verweigern Sie hier den Durchbruch demokratischer Grundsätze bei den ureigensten Angelegenheiten der Menschen. Wenn wir Demokraten sein wollen, dann dürfen wir

590 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

keine Hintergedanken haben, denn die Demokratie ist nun einmal untrennbar mit der Achtung der Menschenwürde und auch der religiösen Gesinnung verbunden. (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Die kommenden Gespräche über diese Fragen werden deutlich zeigen, ob die Demokratie für Sie nur ein Lippenbekenntnis oder aber wirklich integraler Bestandteil Ihres politischen Wirkens ist. (*Abg. Widmayer: Im katholischen Bayern ist seit 80 Jahren die Zivilehe gesetzlich! — Lebhafte Unruhe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Wie wir Freiheit und Würde der Persönlichkeit auf dem Gebiete der Schule und der Ehegesetzgebung gewahrt wissen wollen... (*neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ*)

Präsident Böhm: Bitte um Ruhe!

Abg. Prinke (*fortsetzend*): ...so vertreten wir auch die Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz in allen die Justiz angehenden Fragen. Wir haben die politische Ära der Justiz zutiefst bedauert und mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß seit geraumer Zeit ernsthafte Ansätze für eine wirklich demokratische und unabhängige Justiz zu sehen sind, die nur nach dem Buchstaben des Gesetzes ohne Ansehen der Person und des Standes urteilt. Allerdings werden in der jüngsten Zeit wieder Versuche unternommen, die Rechtsprechung unter politischen Druck zu setzen. Wir warnen eindeutig vor dem Versuch, zu Methoden zurückzugreifen, die vor 1934 unserem Volk und Lande ungeheuren Schaden gebracht haben. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann: Prinke, welcher Prozeß ist da gemeint? Der in Wien?*) Nun, die „Arbeiter-Zeitung“ leistet sich fast täglich auf diesem Gebiet manch starkes Stück. (*Abg. Lackner: Distanziert euch erst einmal davon!*) Zuerst müßte die Distanzierung der Sozialistischen Partei von ihrem Parteiorgan kommen, und dann könnte man vielleicht über diese Dinge sachlich diskutieren.

Was wir mit außerordentlicher Genugtuung und Freude verzeichnen, ist die Beruhigung der Situation auf dem agrarischen Sektor. Die Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei von 1945 bis heute war oftmals vielen ungewollten Mißverständnissen, aber auch zahlreichen gewollten Gehässigkeiten unterworfen. Und trotzdem hat sie sich als richtig erwiesen. Die ÖVP vertrat schon immer den Standpunkt, daß bei gerechten Löhnen und Gehältern auch der Landwirtschaft für ihre Produkte entsprechende Preise nicht versagt werden dürfen. (*Beifall bei der ÖVP.*) In der Vergangenheit war es ja so, daß jedes der damals notwendigen Lohn- und Preisab-

kommen zum Anlaß genommen wurde, um ausschließlich die Volkspartei und innerhalb der Volkspartei den agrarischen Bevölkerungsanteil für sämtliche Preiskorrekturen verantwortlich zu machen. Schritt um Schritt ist es dennoch gelungen, den schwer arbeitenden Bauern jene Preise für ihre Produkte einzuräumen, auf die sie Anspruch haben. Die Richtigkeit dieser Politik erweist sich heute in der Tatsache, daß das Produktionsvolumen wesentlich vergrößert, ja selbst im Vergleich zu 1938 sehr stark angestiegen ist. Vor dem Kriege ist es notwendig gewesen, einen nicht unerheblichen Teil der Nahrungsmittel aus dem Ausland einzuführen, heute sind wir trotz des auch agrarwirtschaftlich totalen Zusammenbruches im Jahre 1945 schon so weit, daß wir unseren Nahrungsmittelbedarf auf wichtigen Sektoren aus der Eigenproduktion voll decken können. Bei der Erörterung landwirtschaftlicher Probleme fällt sogar immer häufiger das Wort von Autarkiebestrebungen in der Erzeugung wichtiger agrarischer Produkte. Wir sind daher dafür, daß der Entwicklung in der Landwirtschaft auch weiterhin nicht nur das größte Augenmerk, sondern auch die größte Unterstützung zuteil werde.

Wenn wir aus dem Anlaß der Budgetdebatte über die Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung beraten, so müßte eigentlich an erster Stelle wohl die Wohnungsnot stehen. Überall, ob wir nun über die Entwicklung der Familien in Österreich klagen, über Lebensstandard, Produktivität und Steuerpolitik reden oder Maßnahmen zu einer Steigerung des Lebensstandards unserer Bevölkerung erwägen, überall droht das Gespenst der Wohnungsnot alle anderen konstruktiven Vorschläge ad absurdum zu führen. Das Recht der Menschen auf Wohnung ist durch die Tatsache weitgehend beschnitten, daß noch immer, und zwar von Jahr zu Jahr fast die gleiche Zahl von rund 200.000 Wohnungssuchenden in Österreich in den amtlichen Statistiken aufscheint.

Es ist uns also bisher nicht gelungen, der Wohnungsnot Herr zu werden und diese Zahl auf ein einigermaßen erträgliches Ausmaß herabzudrücken. Das ist zweifellos ein alarmierendes Zeichen und müßte für die Verantwortlichen in allen Parteien Anlaß sein, das Wohnbauproblem aus der Sphäre der Parteipolitik herauszulösen und auf eine sachliche Ebene zu stellen. Faktum ist jedenfalls, daß es dem Bund, den Gebietskörperschaften und allen anderen Wohnraum schaffenden Einrichtungen trotz zweifellos beachtlicher und anerkennenswerter Bemühungen nicht gelungen ist, hier den ersehnten Wandel zu schaffen. Das beweist, daß auch der von der Sozialistischen Partei so sehr begünstigte „soziale

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 591

Wohnungsbau“ nicht in der Lage war, die notwendigen Wohnungen zu bauen, und zeigt jedem denkenden Menschen den sinnlosen Kampf der SPÖ gegen alles, was da in Österreich Wohnungen baut und nicht unter der Kontrolle der Sekretariate dieser Partei steht. Wir wollen objektiver sein als die Sozialisten in ihrem blindwütigen Haß gegen das Wohnungseigentum und gerne zugeben, daß der sogenannte soziale Wohnungsbau in Wien und vielen anderen Städten einen Beitrag zur Lösung der Wohnungsnot geleistet hat. Dies ist aber keineswegs ein Verdienst der Sozialistischen Partei, denn die Wohnungen sind nicht aus dem Vermögen der SPÖ gebaut worden, sondern mit den Steuergeldern der gesamten österreichischen Bevölkerung errichtet worden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)

Es ist jedoch stadtbekannt, daß die Sozialistische Partei die Wohnraumfrage als ihre unbestreitbare Parteidomäne betrachtet. Immer wieder erhebt sich in der Bevölkerung — ich tue es gar nicht — der Vorwurf der Parteilichkeit bei der Vergebung der Wiener Gemeindewohnungen. (Zustimmung bei der WdU.) Das geht so weit, daß behauptet wird, daß jedes Parteisekretariat der Sozialisten in Wien in Wohnungsfragen für die Bevölkerung fast zu einer Zweigstelle des behördlichen Wohnungsamtes geworden ist. Hier, meine Herren Sozialisten, liegt die wahre Ursache für die Behauptung des Mißbrauchs öffentlicher Mittel. (Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!) Alle Österreicher zahlen ihre Steuern für den Wohnungsbau. Es hat daher jeder nach dem Grade der Bedürftigkeit Anspruch auf eine Wohnung, die mit öffentlichen Geldmitteln aufgebaut wurde. Die politische Zugehörigkeit darf hiebei keine Rolle spielen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Das nächste Mal, wenn der Weinberger intervenieren kommt, werden wir es ihm vorhalten!) Die Akustik ist so schlecht, ich verstehe wirklich nichts. Das Wohnungseigentum... (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsident Böhm: Lassen wir den Redner beim Wort. Das Zurufen hat keinen Zweck! (Abg. Probst: Fragen Sie den Gemeinderat Schwaiger, der weiß mehr! — Abg. Dr. Pittermann: Er weiß es ja selber!)

Abg. Prinke (fortsetzend): Das Wohnungseigentum, das auch jenen Wohnungssuchenden Wohnraum schaffen soll (anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ), die keine Wohnung erhalten können, wird zum dauernden Ziel ihrer Angriffe gemacht. Ihr „O. P.“ und Ihre „Arbeiter-Zeitung“ haben sich im Kampf gegen das Wohnungseigentum in den letzten Jahren

nicht allein mit einer Diffamierung dieser Idee zufriedengegeben, sie haben darüber hinaus ganze Kübel voll Schmutz über Exponenten und Personen des Wohnungseigentums ausgegossen, sie schrieben von „Wohnungsschwindlern“, „Grundstücksspekulanten“, „Korruptionisten“ und blieben bei all diesen Behauptungen den Wahrheitsbeweis schuldig.

Nun, nach jahrelangen Behauptungen und Beschimpfungen tun Sie dasselbe und bemühen sich — allerdings in einer anderen Form, durch eine Genossenschaft getarnt —, Wohnungseigentum zu schaffen. Zur letzten Konsequenz, reines Wohnungseigentum zu bilden, haben Sie sich aus parteipolitischen Gründen noch nicht aufraffen können. Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. (Abg. Hartleb: Sehr richtig!)

Glauben Sie im Ernst, daß das österreichische Volk für solche Mätzchen Verständnis haben wird, oder sind Sie nicht der Ansicht, daß es viel zweckmäßiger wäre, in sachlichen und ernsten Beratungen einer Lösung der Wohnraumfrage an den Leib zu rücken? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Dies wäre notwendig, weil auch die Frage, wer in Österreich bauen soll, endlich einmal geklärt werden muß. Uns geht es bei diesem Streit darum, ob die öffentliche Hand tatsächlich ein Wohnbaumonopol erhalten soll oder nicht. Wir verneinen diese Frage aus dem Grund, weil wir in der Zunahme des öffentlichen Hausesbesitzes eine Gefahr für die Freiheit der Menschen erblicken.

Wir lehnen es ab, daß immer mehr Wohnungssuchende von der Gnade oder Ungnade der anonymen Körperschaft abhängig werden, und stellen uns vor, daß die Bautätigkeit der Gebietskörperschaften eine Ergänzungsrolle zum privaten Wohnungsbau erhalten soll. Jedes Monopol, also auch das auf dem Gebiet des Wohnungsbau, beinhaltet schwere Gefahren, die wir in der fast totalen Verpolitisierung des sogenannten sozialen Wohnungsbau schon sehr deutlich zu fühlen bekommen. (Zwischenruf des Abg. Frühwirth.) Dabei ist es angesichts der Mietzinspolitik bei dieser Art der Wohnraumerstellung ja geradezu ein Witz, überhaupt noch von „sozial“ zu reden. Die Mietzinse in den Häusern des öffentlichen Besitzes unterscheiden sich in ihrer Höhe überhaupt nicht von jenen in privaten Miethäusern. Sie sind also nicht sozial. Die Vergebung der Wohnungen erfolgt nicht nach sozialen, sondern nach politischen Gesichtspunkten. Die Wohnhäuser selbst besitzen in ihrer Mehrzahl nur Klein- und Kleinstwohnungen, deren Ausmaß für die Unterbringung größerer Familien nicht genügt. Im Sinne der erwünschten Familienförderung sind sie also auch nicht sozial. Es wäre sicher-

592 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953

lich eine für uns sehr gefährliche Haltung, wenn wir in der Tatsache, daß diese Häuser im Besitze der Gebietskörperschaften stehen, etwa einen sozialen Fortschritt erblicken sollten.

Leider aber ist diese Art des Wohnraumbaues in Österreich derzeit die einzige, da die Mietenpolitik es dem privaten Kapital bisher unmöglich gemacht hat, Kapital in den Wohnungsbau zu investieren. (Abg. Frühwirth: *Unter der christlichsozialen Herrschaft in Wien haben acht bis zehn Personen in Zimmer und Küche gewohnt! Auch wir! Reden Sie einmal auch von diesen Zeiten!*)

Herr Kollege! Die Gemeinde Wien hat seit den zwanziger Jahren in Wien nach den Angaben der verantwortlichen Funktionäre der Wiener Gemeindeverwaltung — bis nächstes Jahr — 100.000 Wohnungen gebaut. Ich stelle fest, diese 100.000 Wohnungen sind in ihrer Größe nach dem Ausspruch des Herrn Bürgermeisters Jonas im Durchschnitt 48 m², also Kleinstwohnungen. Sehr geehrte Frauen und Männer! Und wenn Sie von der christlichsozialen Ära reden und sagen, die sozialistische Gemeindeverwaltung habe von den Christlichsozialen diese alten Wohnungen in den Althäusern übernommen, so möchte ich nur daran erinnern, daß diese Häuser aus der liberalen Zeit stammen. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.) Aber auch diesen Umstand nicht berücksichtigend will ich nur feststellen, daß 17 Prozent der damals gebauten Wohnungen Mittel- und Großwohnungen waren zum Unterschied von jenen Wohnungen, die von der Gemeinde Wien gebaut werden. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Prinke, Großwohnungsbau aus öffentlichen Mitteln lehnen wir ab!) Ja, aber nicht nur Bau von Kleinstwohnungen! (Abg. Frühwirth: Zeigen Sie mir den Arbeiter und Angestellten, der vor 1918 in einer Großwohnung gelebt hat!)

Neben dem Neubau von Wohnungen in öffentlichem Besitz entstehen noch Siedlungsbauten mit Hilfe des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Der Wohnungsbau in Österreich zerfällt somit praktisch in zwei Teile: erstens in einen Neubau durch Gebietskörperschaften und zweitens in die Wiederherstellung bombenzerstörter Häuser aus Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Das ist aber zuwenig und wird niemals ausreichen, um den 200.000 Wohnungssuchenden in absehbarer Zeit Wohnungen zuweisen zu können. Wir müssen also — auch das gehört zum künftigen Arbeitsprogramm des Parlamentes — eine völlige Neuordnung des Wohnungswesens in Österreich vornehmen, in der sowohl der Wiederaufbau als auch der Neubau seinen Platz hat.

Wir verlangen aber, daß hier im Rahmen eines modernen Wohnbauförderungsgesetzes die sozialste Art der Wohnraumerstellung, nämlich der Eigentumsbau, entsprechend berücksichtigt wird.

Wenn man das Wort Wohnungseigentum in der Öffentlichkeit erwähnt, dann sprechen Sie immer davon, daß Geschenke an den einzelnen gegeben werden. Der Vorwurf besteht jedoch vollkommen zu Unrecht; denn dem Wohnungseigentümer wird überhaupt nichts geschenkt. Wenn heute durch die Koppelungsmöglichkeiten des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes mit dem Wohnungseigentumsgesetz ein solches Haus im Wohnungseigentum wiederaufgebaut wird, hat der Interessent den aliquoten Grundanteil zu kaufen. Er wird ihm also nichts geschenkt. Wenn ein solcher Kaufvertrag abgeschlossen ist, muß er beim Fonds um ein Darlehen für die Baukosten einreichen. Diese Kreditsumme hat er in 75 Jahren zurückzuzahlen, er bekommt sie also auch nicht geschenkt. Und wenn er dann glücklich so weit ist, daß er von seiner neuen Eigentumswohnung Besitz ergreifen kann, hat er für alle Zukunft für die Erhaltungskosten sowohl der Wohnung als auch zusammen mit den übrigen Miteigentümern für die des ganzen Hauses aufzukommen. Wo bleiben also hier die Geschenke? Beim öffentlichen Wohnungsbau hingegen müssen alle Steuerzahler für die Grundpreise aufkommen, wiederum alle Steuerzahler die Baukosten bezahlen und wiederum alle Steuerzahler für die Zuschüsse zur Erhaltung dieser Wohnungen ihre Anteile leisten. (Zwischenruf bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ zu zitieren, den diese über die neue deutsche Bundesregierung geschrieben hat. Im Leitauftakt dieses Blattes vom Freitag, den 23. Oktober, heißt es unter dem Schlagwort „Zwanzig Ministerstellen“ — hier ist die Rede vom Programm, das der deutsche Bundeskanzler Adenauer verkündet hat, und man kommt dann auch auf den Wohnungsbau in Deutschland zu sprechen —: „Im Rahmen dieser Politik wird der soziale Wohnungsbau eingeschränkt zugunsten von Kleinsiedlungen, Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Die Absicht der Regierung ist klar: sie will zuerst dem ‚neuen Bürgertum‘ zu einem angemessenen Lebensstandard verhelfen und erst in zweiter Linie das Los der sozial Schwachen verbessern.“

Das ist also Ihre Einstellung zum Wohnungseigentum, zur Schaffung von Eigenheimen. Aus dieser gehässigen Bemerkung über die Wohnbaupläne der deutschen Regierung kann man recht wertvolle Schlüsse

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1953 593

auf die grundsätzliche Einstellung der österreichischen Sozialisten zu allen Wohnbaufragen ziehen. Die Sozialisten sind in der Wohnraumpolitik zutiefst rückschrittlich und reaktionär (*Heiterkeit bei der SPÖ — Zustimmung bei der ÖVP*), obwohl sie eigentlich das Vorbild ihrer europäischen Bruderparteien längst zu einer Umkehr veranlassen müßte. Es bestätigt sich jedoch neuerlich, daß die SPÖ zugegebenermaßen Angst vor der Freiheit des einzelnen, auch im Wohnungseigentum, hat. (Abg. Probst: *Heute reden wir über das Budget!*) Das gehört auch alles zum Budget! Man fürchtet also, daß ein neues Bürgertum entstehen könnte, das für die Tiraden sozialistischer Klassenkampfpolitiker wenig Verständnis hat und es sich auch nicht gefallen läßt, unter die rote Parteifuchtel gezwungen zu werden. Aber die Volkspartei wird sich bemühen, ein allumfassendes Wohnbauförderungsgesetz zum Beschuß zu bringen. Wir werden durch eine Unterstützung des privaten Wohnhausbaues, durch eine Ausdehnung des Wohnungseigentums auch auf Neubauten, durch die Unterstützung der Eigenheim- und Siedlungsbewegung, aber auch der Bausparkassen unser Scherflein dazu beizutragen, damit die Ziffer von 200.000 Wohnungssuchenden ehestens zum Verschwinden kommt.

Wenn wir zum Schluß zu all dem Gesagten noch die außenpolitischen Erfolge der Regierung Raab seit den Februarwahlen würdig anerkennen, so rundet sich das Bild einer Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit unserer Partei zu einem schönen, ja zu einem stolzen Erfolg. Wir haben anerkennend zur Kenntnis genommen, daß nunmehr alle Besatzungsmächte auf die Bezahlung ihres Aufenthaltes in Österreich verzichten. Wir haben uns weiters über die Auflösung der Demarkationslinien gefreut und die Rückgabe des Kraftwerksgeländes Ybbs-Persenbeug als Willenskund-

gebung der russischen Besatzungsmacht zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Österreich angesehen.

Alle diese sicherlich erfreulichen Fortschritte bei der Erleichterung des Besetzungsregimes können uns aber nicht befriedigen. Sie sind kein Ersatz für die uns widerrechtlich seit mehr als acht Jahren vorenthaltene Freiheit und Unabhängigkeit. Wir wollen deshalb die Debatte über den Budgetvorschlag für das Jahr 1954 nicht abschließen, ohne uns zum Dolmetscher des heißesten Wunsches aller Österreicher zu machen, nämlich des Willens zur vollen und uneingeschränkten Souveränität des österreichischen Vaterlandes. (*Beifall bei der ÖVP.*) Erst wenn diese uns zurückgegeben sein wird, werden manche Belastungen fallen, und erst dann wird der Weg Österreichs nach aufwärts ohne jede Gefahr beschritten werden können. Inzwischen aber wollen wir uns und dem Volke versprechen, daß wir alles in unseren Kräften Stehende tun werden, um trotz aller Verschiedenheiten in den Auffassungen dennoch am Wohle des Ganzen zu arbeiten. Über allem Trennenden steht die Würde des Menschen, die wir zu schützen haben, und das Glück unseres Vaterlandes Österreich! (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

Präsident Böhm: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen und damit die erste Lesung beendet.

Ich weise nunmehr die Regierungsvorlage 141 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, den 30. Oktober, 10 Uhr vormittag, mit der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung, ein. Erhebt dagegen jemand einen Einwand? — Das ist nicht der Fall. Es bleibt bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 55 Minuten

